

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Bräckerstr. 2-5 — Fernruf, Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 12

Berlin, den 21. März 1931

6. Jahrgang

Der Faschismus in Italien

Der italienische Faschismus interessiert uns politisch vor allem deshalb, weil es seit den Septemberwahlen vorigen Jahres eine große nationalsozialistische Partei gibt, die sich erklärmaßen ihm zum Vorbild genommen hat. Im Juli vorigen Jahres sagte Hitler zu Otto Straker: „Wir haben jetzt ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können — den Faschismus!“, und der thüringische Minister Krid erklärte in einer Versammlung am 18. Oktober 1929: „Genau so wie Mussolini in Italien die Marxisten ausgerottet hat, so muß es auch bei uns durch Diktatur und Terror erreicht werden.“

Wir haben also allen Anlaß zu fragen, wie das faschistische Original in Italien aussieht. Das wir tatsächlich darüber so wenig wissen, kommt daher, weil es Mussolini mit großer Geschicklichkeit gelungen ist, die ausländischen Berichterstattungen über die faschistischen Einrichtungen entweder zu beeinflussen oder zu unterbrechen.

Mussolini, der bis zum Weltkrieg bekanntlich ein höchst radikal-tuender Sozialist war, der die Führer der sozialistischen Partei ausschließen wollte, weil sie sich für eine friedliche Entwicklung einsetzten und seinen Vorkriegsforderungen entgegenstehen, ist nach dem Kriege mit dem Geld der oberitalienischen Industriellen zur Macht gelangt und herrscht heute unbegrenzt mittels dreier Organisationen.

Seine militärische Organisation ist vor allem die faschistische Miliz mit 300 000 Mann, die Gendarmerie mit 65 000 Mann, das stehende Heer mit 175 000 Mann, wozu noch mindestens 15 000 Polizisten kommen. Bedenken wir, daß das nicht weniger als politisch ruhige Deutsche Reich mit 20 Millionen Einwohnern mehr nur über 100 000 Mann Reichswehr und 100 000 Mann Polizei verfügt, dann kann leicht errechnet werden, daß die diktatorische Regierung mehr als viermal so viel bewaffneten Schutz braucht als die demokratische Regierung Deutschlands.

Die politische Organisation der faschistischen Diktatur ist die faschistische Partei, die etwas über eine Million Mitglieder zählt. Auch sie ist wie alle anderen Einrichtungen durchaus von oben diktiert, darf keinen selbständigen politischen Willen äußern, und alle ihre Funktionen werden von oben ernannt. Das Parteiführertum gibt allerdings gewaltige Möglichkeiten der ökonomischen Lebensverbesserung. Selbst die Kinder von Parteiangehörigen werden schon gefesselt vor allen anderen Kindern, zum Beispiel bei Vererbung von Stipendien und Freiplätzen, bevorzugt. Selbstverständlich sind alle anderen politischen Parteien verboten.

Die dritte und interessanteste Organisation zur diktatorischen Beherrschung des italienischen Volkes sind die faschistischen Gewerkschaften, in Italien Syndikate genannt. Sie sind dadurch zustande gekommen, daß sowohl die freien Gewerkschaften wie die katholischen Gewerkschaften von den bewaffneten Banden Mussolinis zerstört, ihre Häuser angezündet, ihre Führer entweder ermordet, verbannt oder zur Flucht ins Ausland gezwungen wurden. Es beharrt besonders darauf, daß sich dieser Terror genau so gegen die katholischen, wie gegen die freien Gewerkschaften richtet hat und der Papst damals für die durch den Terror Geschädigten eine größere Summe machte. Selbstverständlich besteht auch ein faschistisches Gewerkschaftsmonopol. Die Arbeiter werden zum Eintritt in diese Gewerkschaften vor allem dadurch gezwungen, daß nach dem Gesetz die Arbeitgeber verpflichtet sind, sich die Arbeitnehmer durch Vermittlung der staatlichen Arbeitsnachweise zu beschaffen, wobei diese die Pflicht haben, die Mitglieder der faschistischen Partei und der faschistischen Gewerkschaften zu bevorzugen, was bei einem Volk mit großer Arbeitslosigkeit immer einen genügend starken Druck auf den Mann bedeutet.

Bei diesen Syndikaten müssen wir etwas verweilen, denn an sie knüpft das im Ausland verbreitete Märchen an der Faschismus sei so etwas wie eine Vereinigung von Nationalismus plus Sozialismus. In Italien selbst läßt dieses Märchen schon deshalb niemand, weil Mussolini immer wieder das Gegenteil erklärt hat. So zum Beispiel sagte er in der Senatsitzung vom 11. März 1926: „Der Kapitalismus sei geradezu ein Programmpunkt des Faschismus“, und gelegentlich des fünften Jahresfestes des Faschismus auf Rom befristete er: „Nichts von Staatssozialismus oder irgendeinem anderen Sozialismus“. Es ist nicht als Gimpeliana, wenn unsere Nationalsozialisten die Behauptung aufstellen, in Italien gäbe es irgend etwas wie Sozialismus. Mussolini kann auch, selbst wenn er es wollte, nicht Sozialist sein, da ihn die gesellschaftlichen Mächte die hinter ihm stehen, daran hindern würden. Aber er will es auch gar nicht sein.

Die faschistische Bewegung ist ebenso wie die nationalsozialistische in Deutschland eine vom Kleinbürgertum getragene und von dem Unternehmertum finanzierte Bewegung. Um die Massen diesem Kapitalistenbistat unterwerfen zu können, sind die Syndikate eingerichtet worden, die von jedem Einfluß auf die Produktion ferngehalten und durchaus von oben diktiert sind. Es gibt keinerlei Selbstverwaltung, keinerlei freie Gewerkschaftsführer, wohl aber in dem kleinen, wenig industriellen Lande über 20 000 Gewerkschaftsbezirke, die zum weitaus größten Teil aus der bürokratischen Klasse stammen und auf diese Weise von Mussolini ökonomisch versorgt werden.

Man behauptet, die Arbeiterklasse sei mit diesem faschistischen Regime zufrieden und zum Beweise dessen auf das sogenannte Referendum vom 21. März 1929 verwiesen wird, in dem 90 Proz. für die faschistischen Prinzipien gestimmt haben. So beweist das gar nichts, beziehungsweise viel zu viel, denn man muß nur wissen, daß selbst in dem deutschen Südtirol wo die Bevölkerung von allen anderen Diktaturerscheinungen obersieht, den Faschismus schon aus nationalen Gründen auf das grimmigste haßt, ungefähr 90 Proz. Stimmen für die Faschisten abgegeben wurden. Die Führer dieser deutschen Südtiroler haben dazu das folgende gesagt: „Wenn eine mit allen Mitteln ausgestattete Regierung durch ihre Behörden auf die Bevölkerung unter Bedrohung der persönlichen Freiheit eine in Europa ganz unbekanntes Nötigung ausübt, wird jedes Wahlver-

fahren zu einem wirkungslosen Täuschungsversuch, besonders wenn außer den Werkzeugen der Diktatur niemand eine Prüfung des Abstimmungsresultates vornehmen kann.“

Die letzten geheimen Wahlen waren die Wahlen zu den Betriebsräten im Jahre 1925. Diese Wahlen ergaben eine gewaltige Mehrheit für die Sozialisten, zum Teil sogar für die Kommunisten. Bei Banchero in Condove wählten von 900 Arbeitern 786, davon 745 sozialistisch, 41 faschistisch. Bei den Fincine di Savignano gab es bei 637 Wahlberechtigten und 571 Wählern 526 sozialistische, 8 ungültige, 27 weiße und einen faschistischen Stimmzettel. In der Autofabrik Svo wurden gezählt 347 Sozialisten und 137 Stimmen für die (nichtfaschistischen) Kriegsteilnehmer. In den Fiat-Werken gab es 3740 kommunistische, 4463 sozialistische, 760 faschistische und 390 katholische Stimmen; im Stahlwerk der Fiat hatten die Sozialisten die Mehrheit. Heute dürfte die Stimmung der Arbeiterklasse womöglich noch faschistenfeindlicher sein.

Man darf sich allerdings nicht als Tourist in Italien durch Arbeiterumzüge mit Faschistenfahnen heizen lassen, sondern man muß wissen, daß diese sogenannten Arbeiterbewegungen für ihre Mitglieder bis zu 75 Proz. Ermäßigungen auf den Verkehrsmitteln, in den Theatern, Kinos usw. gewähren.

Welchen Anlaß sollten auch die Arbeitnehmer haben, mit diesem Regime zufrieden zu sein. Ihre soziale Stellung hat sich durch dieses Regime zweifellos verschlechtert. Das ausgebreitete Konsumverbot hat die Arbeiterklasse, das nicht nur wie in Deutschland auf den Vertrieb von Lebensmitteln beschränkt, sondern auch auf Energieerzeugnisse, Apotheken, Kreierischen usw. ausgedehnt war, ist beziehungsweise wertlos von der Kleinbürgerlichen Bewegung als Konkurrenz des Klein-gewerbetreibenden mit Stumpf und Stiel vernichtet worden. Die dauernde Herabsetzung der Löhne durch den Faschismus, der die Herabsetzung der „mandorierten“ Kleinhandelspreise bei

weitem nicht gefolgt ist, macht die italienischen Arbeiter nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes zu den schlechtest bezahlten Europas; ihr durchschnittlicher Stundenlohn beträgt gegenwärtig 44 bis 45 Pfennig, also ungefähr die Hälfte dessen, was der im Verhältnis zu anderen Nationen schon schlecht bezahlte deutsche Arbeiter verdient.

Die Arbeitslosigkeit ist durch Lohnherabsetzung nicht verhindert worden. Ende 1929 gab es nach den keineswegs vollständigen Angaben der Regierung in Italien eine halbe Million Arbeitsloser. Da der größte Teil der landwirtschaftlichen und alle saisonmäßig Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, ist auch diese Zahl für das wenig industrielle Volk von 40 Millionen sehr hoch zu nennen.

Den im Jahre 1919 in Italien eingeführten Achtstundentag hat der Faschismus zunächst durch das Dekret vom 5. März 1925 bestätigt, am 30. Juni 1926 aber wieder ganzonten des Neunstundentages beseitigt. Andererseits haben die Arbeitnehmer durch den Faschismus ein geistliches Recht auf bezahlte Ferien erhalten.

Die Arbeitslosen-, Unfall- und Altersversicherung ist aus der vorfaschistischen Zeit erhalten geblieben und am 1. Juli 1928 durch eine Versicherung gegen die Tuberkulose ergänzt worden. Die letztere bedeutet nur ein beiderseitiges Pfändertum für das frühere umfassende Krankenversicherung, das der Faschismus ebenso vollständig vernichtet hat wie die sehr ausgebauten Konsumgenossenschaften der Arbeitnehmer. Die obligatorische Krankenversicherung hat die Diktatur bisher gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchzuführen vermocht, und die heutigen Betriebe, und die Syndikatsklassen bilden einen nur höchst unzulässigen Ersatz.

Über selbst wenn es so wäre, daß der Faschismus — was er nicht tut — eine gute soziale Politik triebe, so muß doch die Arbeiterklasse ihn mit allem Nachdruck ablehnen, denn in Wahr-

ADGB zur Arbeitszeitverkürzung und zum Lohnabbau

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner letzten Sitzung am 10. März in Berlin folgende Entschlüsse einstimmig an:

Zur Arbeitszeitfrage.

Der Bundesauschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamem Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Der Bundesauschuss erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1920 die gezielte Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Wagnis zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausnahme der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar auch in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesauschuss wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesauschuss schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedssprüche gefällt und zwangs-

weise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die rechnerische Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Zur Lohnfrage.

Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungswanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesehen wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterklasse, Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung stehen unmittelbar und reiflos an dem Konsum zurück und bilden durch ihren Umfluß einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiterer Preise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesauschuss erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterklasse gegenüber dem rückwärtsgehenden Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Krisenbekämpfung ein Gebot der Stunde!

Die Wirtschaftslage wird immer trostloser und die Krisenauswirkungen vermehren sich in erschreckender Weise. Die Arbeiter und Angestellten können die Last der Not und des Elends kaum noch ertragen. Es hat den Anschein, als liege dem Unternehmertum gar nichts mehr an der Wirtschaft, denn es betätigt sich fast nur noch in der Bedrückung und Knechtung der Arbeiterklasse und in der Kürzung der Löhne. Diese unheilvolle Vettätigung wird allmählich zu einer großen wirtschaftlichen, sozialen und seelischen Gefahr für Staat und Volk, und der Zusammenbruch der Wirtschaft kann die Folge sein. In so harten Zeiten darf die Arbeiterklasse die Nerven nicht verlieren, sondern muß auf dem Posten sein, wenn sie nicht völlig unterliegen will.

Neben der Arbeiterklasse und ihren Organisationen kümmern sich nur wenig Willensschwächler um den Stand der Wirtschaft und zu den wenigen gehört Professor Dr. Julius Dicks. Er ließ im Verlage S. Köhler, Berlin, eine Broschüre „Die Wirtschaftskrise“ erscheinen, die außerordentlich beachtlich ist. In der ihm eigenen meisterhaften Art zeichnet Dicks die Ursachen und Tatsachen der Wirtschaftskrise auf. Als Tatsache wird festgestellt: „Not bei Überfluß. Schwere Mangel aus Überfluß, das ist der Tatbestand der größten Wirtschaftskrise seit einem halben Jahrhundert.“ Die Ursache sieht Dicks weniger in der Verteilung des Geldes und in der ungünstigen Verteilung des gelamten Goldvorrats der Welt, sondern in der Produktionssteigerung von der Warenseite her. Schöpfungen neuer Massen an Verbrauchs- und Ge-

brauchsgütern, entstehend aus höherer Verrückung von Technik und Naturkraft, müßten ein Segen für alle Menschen sein, sind aber zur Not geworden. Das liegt an der falschen Lenkung jenes großen Reigers, der in der freien Wirtschaft rechtzeitig die Kräfte verteilt, sie einsetzt und wieder abzieht: des Preises. Die gezielte Leistungssteigerung in landwirtschaftlichen und bergbauartigen Gebieten, verbunden mit einem überall zu langsamen Sinken des Preises, teilweise aber mit einer bewussten Falschlenkung des Reigers — das Zusammenfallen dieser beiden Momente hat in erster Linie die Wirtschaftskrise erzeugt, unter der heute der weitaus größte Teil der Menschheit bitterlich leidet.“ Valorisierung und Vorratsskaunung haben die Falschlenkung der Preise sehr wesentlich begünstigt. Auf immer zahlreicheren Gebieten wurde die freie Preisbildung bei den Rohstoffen und Halbwaren gehemmt und beseitigt. Auf diese Weise ergab sich, daß die Verbraucher über die sonst normale Preisentwicklung eine Welt-Rohstoffsteuer zu tragen hatten, die auf 300 Millionen Mark jährlich geschätzt wird. Trotzdem war der Erdrüttel der Preise nicht auszuhalten. Und im Zusammenhang damit legte die weittragende Neugruppierung der Wirtschaft und ihrer Menschen ein. Die weittragendste Ursache dieser Entwicklung ist die Erhöhung des Goldwertes. Die Kaufkraft des Dollars wuchs auf das Eineinhalbfache, nicht selten auf das Doppelte wie 1928. Damit schrumpfte Kraft und Reigung der bisher kapitalgebenden Länder zum Kapitalexport ein.

heit kann die Befreiung der Arbeiterklasse immer nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Sowenig das Bürgertum im 18. Jahrhundert die Feudalaristokratie überwinden konnte, so wenig kann die Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert die Lebensformen der Bourgeoisie überwinden, sondern muß ihre eigenen Formen zu gestalten suchen. Weil aber die Diktatur das ganze Volk politisch entmündigt und insbesondere jede eigenständige Arbeiterbewegung unterdrücken muß, konnte ihr auch eine diktatorisch-sozialistische Politik nichts helfen, denn die Arbeiterklasse braucht die Demokratie als den politischen Boden, auf dem allein sie — im Parlament, in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Stadtvertretungen und anderen Selbstverwaltungseinrichtungen — die Gelegenheit hat, in die Leitung von Staat und Wirtschaft hineinzuwachsen. Schon aus diesem Grunde muß sie die falsche ebenso wie die bolschewistische Diktatur ablehnen.

Zum Schluß müßten wir uns aber die Frage vorlegen, mit welchen Mitteln es den Faschisten gelungen ist, in Italien zur Herrschaft zu gelangen, und welche Mittel es waren, die den Nationalsozialisten die Erfolge des letzten Jahres gebracht haben. Und da müßten wir eingestehen, daß ihre propagandistische Agitation der sozialistischen deshalb überlegen war, weil sie sich viel stärker an das Gefühl und viel weniger an den Verstand gewandt hat. Die Faschisten wollten keine Theoretiker erziehen, sondern sie wollten praktische Kämpfer haben. Vor allem auf die Jugend wirken sie dadurch, daß sie ihr statt schwer verständlicher Programme Uniformen, Abzeichen, Fahnen und Marschmusik bieten. Man mag über diese Dinge lächeln, man muß sich ihrer aber, wenn man den politischen Erfolg haben will, bedienen — und wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Arbeiten wir daran, daß die Jugend und die Zukunft uns gehören!

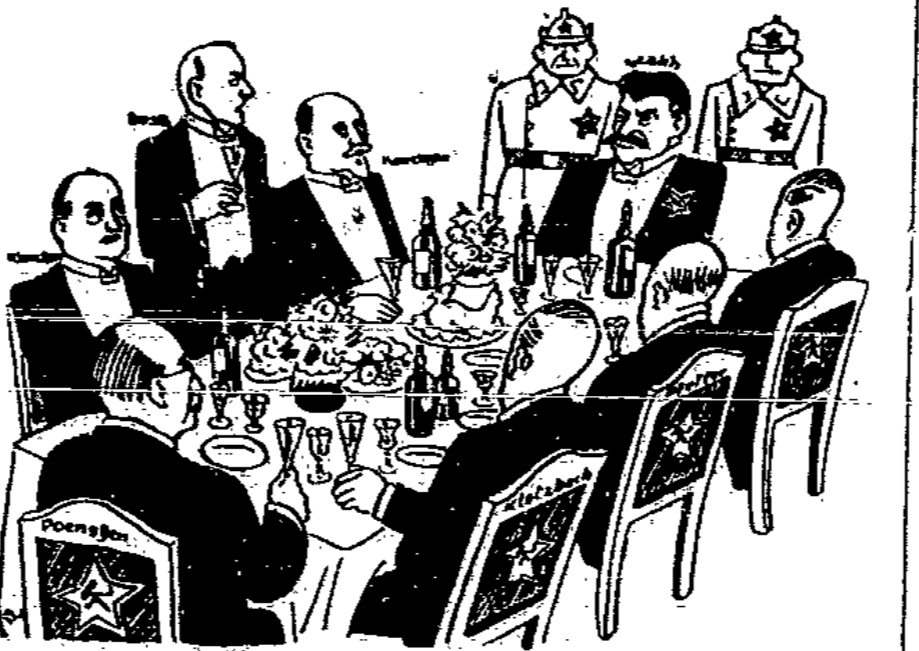
Die allgemeine Lage.
Leipart erstattete nunmehr Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, mit denen sich der Bundesauschuß auf seiner letzten Tagung beschäftigt hatte. Mit den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben Verhandlungen stattgefunden. Die Spitzenorganisationen kamen zu dem Ergebnis, daß von einem starren Schematismus der Tarifverträge keine Rede sein könne. Die Unternehmer denken bei ihren Beschlüssen ja auch gar nicht an die Tarifverträge im Allgemeinen, sondern nur an die Lohnabkommen.
Leipart wandte sich dann den Verhandlungen zu, die zu der gemeinsamen Erklärung der Spitzenorganisationen führte, die bei der Besprechung der Gewerkschaften mit Hindenburg, dem Reichspräsidenten unterbreitet wurde. Der Reichstangler Brining, der bekanntlich an der Unterredung teilnahm, hat erklärt, daß er die Besprechungen mit den Gewerkschaften fortsetzen würde.
Der Bundesvorstand hat sich auch mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm von Göring beschäftigt. Zu einem Teil deckt sich sein Programm mit längst erhobenen Forderungen der Gewerkschaften. Zum anderen Teil ist es unbrauchbar. Die Gewerkschaften können sich daher nicht auf den Boden dieses Programms stellen.
Die Gewerkschaften haben zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt sich entschieden gegen den Lohnabbau gewandt und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschiedenheiten, die der Vorstand dem Ausschuß diesmal vorgelegt hat, bedeuten eine nachdrückliche Bekräftigung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktober-Entscheidung hatte die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme gefordert. Die neue Entscheidung geht darüber hinaus. Sie legt entschiedenes Gewicht darauf, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle.
Auch gegen den planmäßigen Lohnabbau muß der Bundesauschuß wiederum Stellung nehmen.
Im Zusammenhang damit müssen Verhandlungen des IGB mit der Internationale der Bergarbeiter erwähnt werden, die sich mit der Arbeitszeitregelung im Bergbau beschäftigen. Was als Ergebnis bei den Genuer Verhandlungen herauskommen wird, steht dahin. Eine Sonderregelung der Arbeitszeit für die Bergarbeiter, die eine Schichtzeit von mehr als 7 Stunden festsetzen würde, würde jedoch dem Gedanken einer weitergehenden Verkürzung der Arbeitszeit Abbruch tun. Die Bergarbeiter müßten daher bei ihrer Forderung nach einer siebenstündigen Arbeitszeit beharren.

Die besonderen Wirkungen für Deutschland aus dem Sturz der Rohstoffpreise sind mannigfaltiger Natur. Die so gewaltige Senkung der Lebensmittelpreise war für Deutschland fast wirkungslos, weil hohe Zölle zur Korrektur derselben eingeleitet wurden. Eine Tonne Weizen, die auf dem Weltmarkt 115 Mark kostet, stellt sich in Deutschland auf 250 Mark. Eine Tonne Koggen ist draußen für 70 Mark zu haben, während sie hier binnen 165 Mark kostet. Ein Pfund Zucker kostet auf dem Weltmarkt 6 Pfennig, während allein der deutsche Zucker 16 Pfennig kostet. Infolge der ungeheuer hohen Lebensmittelpreise muß der deutsche Verbraucher eine Mehrbelastung gegenüber den Weltmarktpreisen von etwa 2 Milliarden jährlich auf sich nehmen. Das sind je Kopf rund 35 Mark, für die fünfköpfige Familie 175 Mark oder für die Arbeiter und Angehörigen bis zu 10 v. H. ihres Einkommens. Die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung hat die gleiche Summe wie die jährlichen Reparationszahlungen an die deutsche Landwirtschaft zu leisten. Auf der anderen Seite hat sich der Sturz der Rohstoffpreise günstig auf die fertigerarbeitende Industrie ausgewirkt. Das mit dieser kolossalen Umlagerung der Werte einhergehende Aufheben der Kapitalimporte hat sich ungeheuer schädigend und bremsend für die Wirtschaftsentwicklung bewiesen. Die Last der Reparationen wächst mit der Vergrößerung des Geldwertes. Die Vertrauenskrise gegenüber Deutschlands wirtschaftlicher Politik war der letzte und nicht unwichtigste Anlaß, die Krise für Deutschland zu verschärfen. Ein Wirtschaftskatastrophismus, wie wir ihn bisher nicht kannten, war die Folge. Er führte zu den neuen Parolen Lohnabbau und Preisabbau. Zu den Maßregeln des Handels in und gegenüber der jetzigen Wirtschaftslage zählt Hirsch die Anpassung an verkleinerte Wirtschaftsvolumen, vor allem aber Überwindung der Absatzkrise; dazu für Deutschland im besonderen die Überwindung der Vertrauenskrise.

des Atlantischen Ozeans praktisch viel weiter durchgeföhrt, als es in der großen Macht der Gefesabebung gelegen hätte. Verkürzung der Arbeitszeit ist ein natürliches Äquivalent der Mechanisierung und Intensivierung der Arbeit durch das industrielle Zeitalter.

Das riesenproblem des Arbeitslohnes und seiner Nebenkosten steht in allen Ländern im Mittelpunkt. Hirsch bemerkt hierzu: „Das hohe Löhne die Wirtschaft fördern, das ist nicht nur eine begriffliche, in allen Ländern verbreitete These dessen, der

Vom Besuch deutscher Unternehmer im „Arbeiter-Sowjet-Paradies“



„Hochverehrter Herr Stalin! Die Methode der Sowjet-Regierung, die Arbeiter zu unterdrücken, hat uns aus angenehmer Überraschung, und wir haben von Ihnen viel dazugelernt! Mögen Sie noch lange zum Wohle des Kapitalismus herrschen, darauf erhebe ich mein Glas!“

hohe Löhne wünscht. Es ist in den Vereinigten Staaten eine auch im Unternehmertum zu weit verbreitete Anschauung, daß selbst die Krise in ihrem äußeren Eindruck bisher daran nicht viel zu verändern vermochte. ... Wird die Preishöhe im gleichen oder im stärkeren Maße gesenkt als die Löhne, so gewinnen Konjunktur (damit auch Arbeitnehmer) und Gescheher. Wird die Preishöhe nicht entsprechend gesenkt, so erfolgt offenbar nur eine Verschiebung der Kaufkraft auf Unternehmer und Kapitalgeber. Diese Kaufkraftübertragung kann zu höheren Ausgaben des Unternehmers führen; dann ist sie volkswirtschaftlich unerheblich. Auch Ansammlung beim Unternehmer ist dann zunächst unerheblich — wenn keine Kapitalflucht eintritt. Sie ist es nicht, weil es immerhin eine Kapitalflucht gibt. Lohn und Gehalt bleiben durchweg im Lande.

Da die Kosten des Lohnes durch die Lebenshaltung bestimmt werden, steht die künstliche Hochhaltung der deutschen Agrarpreise im Widerspruch zu der sonst geübten Wirtschaftspolitik. Die Anpassung der geänderten Produktionsbedingungen der Weltwirtschaft kann nicht eine Frage langer Jahre sein. Prof. Hirsch fordert eindringlich Krisenbekämpfung und nicht Armenbekämpfung. Der technisch-wirtschaftliche Fortschritt wird sich nicht verlangsamen, es kommt darauf an, diesen Weg des Fortschritts gleichmäßiger und reibungsloser zu gestalten. In der Wirtschaft muß daher die Willensriastlose des Menschen dahin gehen, daß er vom Unterworfenen unter das wirtschaftliche Naturgeschehen zur bewußt lenkenden Wirtschaftstechnik kommt.

Alle bisherige Erfahrung lehrt, daß die Absatzkrise zuletzt durch Preisentwertung überwinden wird. Dadurch schafft man eine Vergrößerung des Geldwertes, die nicht ohne Folgen für die gesamte Bevölkerung ist. Die Vergrößerung der Reichsmark durch Preisabbau geht nicht ohne Zudrungen vor sich. Ihr widersehen sich die kriegsgebundenen Industrien. Aus dem Auswandererlaffen der Weltwirtschaftsregeln und der preisgebundenen Waren im Inland wird ein Klassenkampf zwischen Rohstoff und Fabrikat um den Dollarwert ausgefochten. Die Frage ist nun zu stellen: Gelingt die Vergrößerung der Reichsmark und auf welchen Kosten und zu welchen Nutzen? Wer eine solche Bewegung planmäßig lenken will, muß ihr Ziel und Ausmaß kennen. Sonst entsteht im Endergebnis ein Klassenkampf um den Anteil an der zu vergrößerten Reichsmark. Erstrebenswert sind nicht inflende, sondern tiefe, aber stetige Preise.

Nach Prof. Hirsch, dem wir in diesen Ausführungen folgen, erheben sich die schwierigsten Fragen da, wo der Mensch zum Essen und Trinken, bei Arbeitslohn und Arbeitszeit in der Krise. Die Fragen der zufälligen Arbeitsbeschaffung, Verkürzung der Arbeitszeit, Verkürzung des Lohnes und der Soziallasten sind oft gestellt und behandelt worden. Zufällige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ist im größeren Stil nur möglich durch zufällige Zuführung von Arbeitsmitteln und vor allem Kapital. Über die Arbeitszeitverkürzung schreibt Prof. Hirsch wörtlich folgendes: Die Verkürzung der Arbeitszeit ist etwas, das nicht nur menschlich eine ewige Hoffnung ist — im Schweiß seines Angesichts sollst du dein Brot essen, gewiß, aber der Fronddienst soll nicht allzu lang währen —, sondern es liegt die Verkürzung der Arbeitszeit auch im ganzen Verlauf des kapitalistischen Zeitalters. Mit dieser unerträglich langen Arbeitszeit begann es. Als man die Arbeitszeit unter elf Stunden verkürzen wollte, wurde der Streit darüber ein Grund zum Abgang des deutschen Reichsarbeiters Bismarck. Der Achtstundentag, als Folge des Krieges erst schematisch eingeföhrt, dann heftig bekämpft, hat sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt dies- und jenseits

In der Aussprache äußerte Simon (Schuhmacher) Bedenken dagegen, die Arbeitszeitverkürzung zu fordern, ohne daß gleichzeitig der Lohnausgleich gefordert werde. Der Lohnabbau läßt eine andere Lösung nicht als praktisch durchführbar erscheinen.
Wels (Parteiorgan) beprobt kurz das Programm von Göring. Er begrüßt den Schritt, den die Spitzenorganisationen und die Bergarbeiter bei Hindenburg unternommen haben. Ohne Zweifel hat diese unmittelbare Fühlungnahme auf Hindenburg, der sich aufrichtig bemüht hat, ein objectives Bild der Gesamtlage zu gewinnen und die Interessen des Volksganzen Einzelinteressen überzuordnen, einen tiefen Eindruck gemacht. Es ist wichtig, Hindenburg nicht allein den Einflüssen der grünen Front zu überlassen, sondern auch die Auffassung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ihm nahe zu bringen. Rechner wies kurz darauf hin, wie stark gerade die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden an den Löhnen und den Unterstufungen der Arbeiterschaft interessiert sind. Dieser große Kundentanz sichert die Existenz des kleinen Mittelstandes. Es muß immer wieder betont werden, in wie großem Umfange die Interessen beider Volksschichten in gleicher Richtung gehen.
Brandes (Metallarbeiterverband) begrüßte gleichfalls die Besprechung mit Hindenburg. Er ging dann auf die Frage der Arbeitszeitverkürzung ein. Die Arbeitszeitverkürzung ist das Primäre. Krauß (Buchdruckerverband) schilderte die besonderen Verhältnisse seines Berufes. Schmidt (Bergarbeiterverband) erklärte sich einverstanden mit dem Vorschlag des Bundesvorstandes, die Arbeitszeitverkürzung nicht nur als Notmaßnahme, sondern als eine dauernde Regelung durchzuführen. Auch Scheibel (Wagengewerkschaft) betonte die starke Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes, die schon Wels hervorgehoben hatte. Wolf (Metallarbeiterverband) hielt es für dringend notwendig, auf die Arbeiterschaft einzuwirken, daß sie aus Gründen der Solidarität die Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund stellt.
Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolglicheren Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Mächtigkeitslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich vermehrte Kampfraft der Gewerkschaften ausnützen und das vorhandene Gleichgewicht, diese brutale Machtpolitik dazwischen und soll ihnen nicht vergessen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfeswille durch die jetzige Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisation einlehen wird, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen.
Leipart geht abschließend auf einige der in der Debatte berührten Punkte ein und erläutert die vorgelegenen Abänderungen zu den Resolutionen. In der heutigen Zeit ist die Arbeitszeitverkürzung das einzige sofort wirksame Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit.
Beide Entschiedenheiten wurden vom Bundesauschuß einstimmig angenommen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Beziehungen der Gewerkschaften in Memelland zu den deutschen Gewerkschaften erörtert. Leipart machte Mitteilungen über die Lage und die organisatorischen Verhältnisse der Gewerkschaften des Memellandes. Fast alle dortigen Gewerkschaften haben sich zum Memelländischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen und bei diesem besteht nun das Bestreben, sich mit den deutschen Gewerkschaften enger zu verbinden. Diesem Wunsch könne dadurch Rechnung getragen werden, daß sich der Memelländische Gewerkschaftsbund dem IGB anschließt, der Bundesvorstand schlägt vor, daß der Bundesauschuß ihn ermächtigt, mit den memelländischen Gewerkschaften über eine solche Lösung zu verhandeln. Der Bundesauschuß stimmte diesem Vorschlag zu.
Leipart schloß die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihren ersten Pflichten und der Größe ihrer Aufgabe doppelt bewußt sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Anlaß zur Mutlosigkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schattten der Mutlosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichen Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

11. Sitzung des Ausschusses des ADBV.

Der Bundesauschuß des ADBV trat am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen.

1. Mitteilungen des Bundesvorstandes.
Der Vorsitzende des ADBV, Leipart, wies zu Beginn der Sitzung auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entgegenzutreten sollten.

Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist.

Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsangehörigengesetz, das alle Instanzen durchlaufen hat, erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird ihrerseits, einem Paragrafen der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiebung des Gesetzes anregen.

Der IGB-Bund hat angeregt, einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden, der die sozialen Auswirkungen der Nationalisierung untersuchen soll. Der Bundesvorstand hat dieser Anregung zugestimmt. Außerdem hat der Bundesvorstand den Kollegen Kurtwängler beauftragt, im Zusammenhang mit den Ortsüberwachungen und Betriebsräten Betriebsbeschäftigungen durchzuführen und Untersuchungen über die sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Verhältnisse der Nationalisierung vorzunehmen. Die Befragungen sollen sich zunächst auf Betriebs-Betriebsräte erstrecken.

Leipart erwähnte kurz das Verhältnis der Gewerkschaften zur Technischen Rosthilfe. Der Bundesvorstand hält es gegenwärtig für angelegentlich, von anderer Seite für Hilfe zu werben, da der bisherige Stellenabbau der Gewerkschaften sehr unvollständig ist, und den Beitrag von Mitgliedern zur Technischen Rosthilfe nicht zu erwarten.

Es dem Plan einer Konferenz der Sachbearbeiter der Arbeitsbeschaffungsstellen wird festgehalten. — Seit Januar erstreckt ein Nachrichtendienst über Tarif- und Lohnbewegungen Leipart kam dann auf die Beschlüsse der Kommunistischen Partei der Arbeiterverband der Gewerkschaftslogen zu sprechen, gegen deren Fortschritt bekanntlich eine einseitige Vertragsverpflichtung erwirkt werden ist. Das Komplotz selbst ist zu beklagen, wie ähnliche Komplotze gleichen Ursprungs im letzten Jahre stattfanden.

Der Vorstand des IGB hat davon abgesehen, die in diesem Jahre geplante Internationale Arbeiterkonferenz abzusagen.

Die Tätigkeit des vom IGB. eingesetzten Vierländer-Komitees (Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg) muß auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Abschließend besprach Leipart die Vorbereitung für den Kongress in Frankfurt, die sich natürlich mit der Krise und den Wegen zu ihrer Überwindung befassen muß. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen wiederum in einem Sammelwerk, unter Unterstützung von Sachverständigen, eingehend bearbeitet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch diese umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten.

In der Aussprache
Über den Parteitag wies Thiemig (Fabrikarbeiterverband) auf die großen finanziellen Schwierigkeiten mancher Parteien hin. Die Ortsauschüsse müssen sich da, wo diese Schwierigkeiten bestehen, so weit einschränken, wie die Krise es erfordert.

Leipart erwiderte, gewiß müßten die Ortsauschüsse sparen, aber andererseits müßten die Nationalen selbstverständlich Beiträge für ihre Mitglieder zahlen. Die Einrichtungen der heutigen Ortsauschüsse, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, die gemeinsame Einrichtungen sind, dürfen unter keinen Umständen aufgelöst werden.

Brandes erklärte sich mit der Ansicht des Bundesvorstandes einverstanden, die Wirkungen der Nationalisierung zu untersuchen.

Simon (Schuhmacher): Die Unterbindung der Wirkung der Nationalisierung ist sehr zu begrüßen, sie sollte aber nicht auf Berlin beschränkt werden; für die Schuhindustrie kommen vor allem die Weal und Erfurt in Frage.

Leipart entgegnete, daß die Beschränkung der Unterbindung über Nationalisierung auf Berlin nur vorläufig sei, um die Ergebnisse zuerst einmal zu prüfen.

Bezüglich der Beiträge an die Ortsauschüsse muß gelten, daß die Gesamtinteressen mindestens ebenso wichtig sind wie die Verbandsinteressen. Es muß nach geltendem Gewerkschaftsrecht für alle Mitglieder gezahlt werden. Dann können unter Umständen in Notfällen die Beiträge herabgesetzt werden.

Der Bundesauschuß nahm die Anregungen, die der Vorsitzende in seinem Bericht gegeben hatte, einstimmig an.



Aus den Schlichtungsverhandlungen für die handarbeitende Tafelglasindustrie

Da sich die Tarifparteien über Abschluss eines Vertrages zur Neuregelung der Rahmenarbeitsbedingungen wie auch der Lohnsätze für die handarbeitende Tafelglas- und Farbenglasindustrie nicht einigen konnten, ist zur Beilegung des Streites vom Reichsarbeitsminister Herr Regierungsrat Dr. Seitmann zum Sonderlichter bestellt worden. Die Parteien sind vom Sonderlichter für Verhandlungen zum 5. März nach Dresden bestellt worden.

In mehrstündigen Parteiverhandlungen versuchten die Tarifkontrahenten ihre Anträge durchzubringen. Die Arbeitgeber wollten zum Rahmenarbeitsvertrag unter allen Umständen die Abnahme der Löhne nach dem Strecken festlegen wissen, ebenso den Wegfall der freien Wohnung und Feuerung. Von den Arbeitnehmervertretern wurde auf das Unmöglichkeit der Durchführung dieser Forderungen hingewiesen da dem Glasmacher nicht einseitig das Betriebsrisiko für Verschulden der Firma oder anderer Arbeiterkategorien zugemutet werden kann. Der Wegfall der freien Wohnung und Feuerung würde bedeuten, daß neben den geforderten Lohnabschlägen von 10 Proz. im Durchschnitt eine nochmalige Belastung von mindestens 10 bis 12 Proz. je nach Facharbeiterkategorie eintreten würde.

Die Arbeitnehmer haben vielmehr auf die tarifliche Regelung aus ihren vorliegenden Anträgen bezüglich der Arbeitszeit für die nicht der Verordnung vom 9. Februar 1927 unterliegenden Arbeitnehmer der Abnahme der Löhne vor dem Strecken und des Bestehenbleibens der übrigen tariflichen Bestimmungen hingewirkt.

Recht interessant waren die Auseinandersetzungen über die Einführung eines sogenannten „Nichtlohnes“. Es konnte unerwartet nachgewiesen werden, daß man den Vorschlag der Einführung eines Nichtlohnes von anderen Industriezweigen der Glasbranche abgeleitet hatte, ohne dabei zu beachten, daß in der Tafelglasindustrie ganz andere technische Verhältnisse vorherrschen. Bei der Einführung des Nichtlohnes nach dem Willen des Arbeitgeberverbandes und der einzelnen Firmen wollte man eine sogenannte „variable Lohnrate“ bezüglich Festlegung bei der qm-Entlohnung in den Betrieben schaffen, um je nach konjunkturellen Verhältnissen bei Einsetzen von sogenannten „Kampagnen“ immer wieder zu Veränderungen der Lohnsätze schreiten zu können. Eine dauernde Verrückung in den Betrieben wäre ohne Zweifel die Folge gewesen, und hätten die Facharbeiter wohl höchst selten den vorgeesehenen Nichtlohn erreichen können oder nur dann, wenn die jetzt schon überhöhten Leistungen noch zu einer größeren Arbeitsintensität geführt hätten.

Nach dreitägigen Partei- und Schlichtungsverhandlungen sind die nachfolgenden Schiedssprüche von der einseitigen Schlichterkammer gefällt worden. Es ist zu erkennen, daß man den Anträgen zum Rahmenarbeitsvertrag der Arbeitnehmer bis zu bestimmten Graden Rechnung getragen hat. Die bisher gewährten Nebenleistungen sind in einen sogenannten „Soziallohn“ umgewandelt worden, bei dem man allerdings eine Kürzung der bisherigen Maximalrate von 20 RM pro Monat auf 12,50 RM vorgenommen hat. Nur unter dieser Voraussetzung war es überhaupt möglich, die Angriffe der Arbeitgeber auf vollkommenen Wegfall der Nebenleistungen abzuwehren.

Die vorgenommenen Lohnherabsetzungen liegen in der Grenze der zur Zeit gefällten Schlichtungsentscheidungen. Leider konnten die Arbeitgeber Material vorlegen, das infolge der günstigen Regelungen des § 7 Ziffer 2 (Abnahmeverfahren vom vorigen Jahre) durch Steigerung der Leistungen (grobes Arbeiten) in einzelnen Betrieben bis zu 15 Proz. seit dem Vorjahre mehr Verdienst erzielt worden ist. Dabei konnten für einzelne Betriebe Durchschnittsberdienste genannt werden, die tatsächlich selbst von den anwesenden Delegierten nicht bestritten werden konnten.

Für die Zeitlohnarbeiter ist die vorgesehene Regelung im Lohnschiedsspruch im Verhältnis zu anderen bekannten Entlohnungen erträglich.

Die Tarifkommission hat sich für die Annahme der Schiedssprüche entschlossen, um einen tariflosen Zustand zu vermeiden, da bei Einsetzen eines tariflosen Zustandes wir bald Verhältnisse bekommen würden, wie sie sich leider in einigen Industriezweigen in Deutschland gezeigt, wie sie sich aber auch vor allen Dingen in unseren Konkurrenzländern in der handarbeitenden Tafelglasindustrie herausgebildet haben. Da die Laufzeit für die ergangenen Schiedssprüche auf den 31. Dezember 1931 festgelegt ist, wollen wir hoffen, daß wir zu diesem Zeitpunkt allgemein bessere wirtschaftliche Verhältnisse haben, damit unsere wirtschaftlichen Gegner nicht noch einmal Gelegenheit haben, von der sogenannten „Lohnabbau-Tendenz“ zu profitieren.

Es gilt in der Zwischenzeit alle Kräfte für den weiteren Ausbau der Organisation zu verwenden. Nur so werden wir unser Tarifverhältnis in der handarbeitenden Tafelglasindustrie halten und bei besseren wirtschaftlichen Zeiten wieder ausbauen können.

Lage der französischen Glasindustrie

Die wirtschaftliche Depression zeigt sich jetzt in verstärktem Umfang auch in der Glasindustrie Frankreichs. In einem großen Teil der Glasindustrie sind bereits Stilllegungen und Betriebsbeschränkungen erfolgt. Und geht darüber der folgende Bericht zu:

Die Lage wird immer schlechter. Die Beschäftigung in den Flaschenglasfabriken, die noch im Dezember gut war, hat seitdem ernstlich nachgelassen. Von Nord bis Süd haben die umgebauten Betriebe einen oder zwei Oefen gelichtet. Der Vorrat schwillt an; der Markt ist äußerst schlecht. In Bordeaux wurde der Preis pro hundert Flaschen von 62 auf 55 Fr. herabgesetzt; die Preise werden noch verringert durch Gewährung von Rückvergütungen je nach der bestellten Menge. Die Glashütte von Arlag, eine Filiale der Glashütte Messiguer in Carmaux, hat einen Ofen gelichtet und ungefähr hundert Arbeiter entlassen. In Carmaux soll auch ein Ofen gelichtet werden. Die Arbeiter-Glashütte von Axi hat die Arbeit an einem Ofen eingestellt.

Desgleichen läßt sich Arbeit nach in den Glashütten des Südens: Givors, Rive-de-Gier, St.-Galmier, St.-Romain-le-Duy, St.-Poncy (Vichy); all diese Betriebe haben Oefen gelichtet. Auch die Champagnerflaschenfabriken werden von der Krise betroffen: der Betrieb in Vaurol ist geschlossen, in Anor wurde den Arbeitern die Schließung der Fabrik zum 15. März angekündigt; der Betrieb in Dirson hat die Flaschenproduktion vermindert und fabriziert an deren Stelle Molateure; auch das Werk in Bourmies hat seine Fabrikation umgestellt. In der

Schiedsspruch.

Der am 31. März d. J. abgelaufene Rahmenarbeitsvertrag über die Arbeitsverhältnisse der Glasmacher in der deutschen handarbeitenden Tafelglasindustrie wird am 1. April d. J. wieder in Kraft gesetzt mit folgenden Änderungen:

1. In § 3 Abs. 5 Satz 2 ist zu setzen anstatt „nach vorherigem Anhören“ „mit Zustimmung“.
2. § 7 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung: „Hierbei wird Bruch, soweit er 2 Proz. pro Schicht übersteigt, der durch Walzenträger oder durch Verschulden anderer Arbeiter, in Farbenglasfabriken auch Bruch, der beim Strecken entsteht, dem Glasmacher nicht belastet.“
3. § 8 fällt weg und ist abgelöst durch eine Vergütung, die in der Lohnrate festgelegt wird.
4. § 2 Satz 1 und 2 erhält folgende Fassung: „Der Vertrag tritt am 1. April 1931 in Kraft und kann mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende, erstmalig zum 31. März 1933, gekündigt werden.“

Dresden, den 6. März 1931.

gez.: Dr. Seitmann.

Schiedsspruch.

Der Lohnsatz für die handarbeitenden Tafelglashütten wird am 1. April 1931 wieder in Kraft gesetzt mit folgenden Änderungen:

1. Die Affordbabe für Glasmacher und Gehilfen werden um 8 Proz. gesenkt.
 2. Die Vergütung für Rund- und Aufschneiden beträgt pro Walze 2 Pf.
 3. Die Vergütung für Nebenarbeiten erhält einen Abschlag von 4 Proz.
 4. Die Löhne der Glasstreckler, Glaschmelzer, Hafenschneider und Glasmaßeher im Zeit- und Affordlohn werden um 4 Proz. gesenkt.
- Hierbei sind ausgenommen die verheirateten Glasmaßeher, deren Stundenlohn unverändert bleibt.
5. Als neuer Abschnitt wird angefügt: „Die gemäß § 9 des bisherigen Rahmenvertrages zur Gewährung von freier Wohnung und freiem Brand Berechtigten erhalten als Abgeltung eine Vergütung von 12,50 RM monatlich.“
 6. Der Lohnsatz tritt am 1. April 1931 in Kraft und kann mit einmonatiger Frist, erstmalig zum 31. Dezember 1931, gekündigt werden. Wird nicht gekündigt verlängert er sich jeweils um einen Monat mit gleicher Kündigungsfrist zum Ende des Monats.

Dresden, den 6. März 1931.

gez.: Dr. Seitmann.

Schiedsspruch.

Der Lohnsatz für die Farbenglashütten wird wieder in Kraft gesetzt mit folgenden Änderungen:

1. Die Positionen „Emaillierobergang auf halbweiß oder weiß, Emaillierobergang auf farbig“ betragen 40 Pf.
 2. Sämtliche Affordbabe ermäßigen sich um 8 Proz. mit Ausnahme der Position „gehobelte Gläser weiß“, die mit 32 Pf. festgesetzt wird.
 3. Die Vergütung für Aufsprengen (Rund- und Aufschneiden) beträgt 2 Pf. pro Walze.
 4. Die Vergütung für Nebenarbeiten erhält einen Abschlag von 4 Proz.
 5. Die Löhne der Glasstreckler, Schmelzer, Hafenschneider, Glasmaßeher im Zeit- und Affordlohn werden um 4 Proz. gesenkt. Ausgenommen hiervon sind die verheirateten Glasmaßeher, deren Stundenlohn unverändert bleibt.
 6. Werden Glasmaßeher in den Farbenglashütten mit Schneiden hinter dem Streckofen beschäftigt, so erhalten sie zu ihrem Tarifstundenlohn einen Zuschlag von 10 Proz.
 7. Als neuer Abschnitt wird angefügt: „Die gemäß § 8 des bisherigen Mantelvertrages zur Gewährung von freier Wohnung und freiem Brand Berechtigten erhalten als Abgeltung eine Vergütung von 12,50 RM monatlich.“
 8. Der Lohnsatz tritt am 1. April 1931 in Kraft und kann mit einmonatiger Frist, erstmalig zum 31. Dezember 1931, gekündigt werden. Wird nicht gekündigt, verlängert er sich jeweils um einen Monat mit gleicher Kündigungsfrist zum Ende des Monats.
- Erklärungsfrist für alle 8 Schiedssprüche bis Montag, den 16. März 1931, 4 Uhr nachmittags.

Dresden, den 6. März 1931.

gez.: Dr. Seitmann.

Benzig / Politische Unternehmer

Den Bürgerkriegs- oder Nazistimmeln scheint die Leitung des Spezialglashüttenwerkes Gebr. Funk & Co. in Benzig bekommen zu haben. Ein Wunder wäre es ja nicht, verteilt man doch auch im Betriebe Nazistimmeln über man hält in den Kauf von Borträgen an die Einträger und Kübelmacher über die Nazis und die Wohltat des dritten Reiches, wie es sein muß, um besser und leichter Unternehmer zu sein. Vor allen müssen die Gewerkschaften und die Bonzen weg, sonst wird es nicht besser. Vonse Hitler jedoch und seine Trabanten können leben, denn die bringen ja die Glückseligkeit mit dem Munde. Das Glanzstück leistete sich jedoch die Firma, indem sie an den Demobilisierungskommissar die Stilllegungsanzeige sünngemäß wie folgt anmeldete: Da die Maßnahmen der jetzigen Reichsregierung den Bürgerkrieg nicht vermeiden und dadurch das Wirtschaftsleben lahm geht, schließen sie zum 6. März den Betrieb. Der Betrieb bzw. die Kollegenarbeit arbeitet heute noch, und der Bürgerkrieg ist auch noch nicht ausgebrochen. Daß die meisten Angestellten im Kontor nicht viel anders sein können, versteht sich von selbst, sie müssen einfach treue Sellershelfer des dritten Reiches sein. Dabei muß der Teilhaber der Firma, des früheren Glasmachers Rudolf Waldermann, gedacht werden. Sein lebenslanges Bestreben war nun einmal, Hüttenbesitzer zu werden. Als die Umwälzung 1918 kam, war man auf einmal Genosse, schlug einen scharfen Ton an, an den sich die Kollegen des einen Betriebes noch sehr oft erinnern, nachdem man aber Hüttenbesitzer ist taugen die Errungenschaften der Gewerkschaften und die tariflichen Rechte nichts mehr. Es wäre freilich schöner, wenn man sich noch Formen und Werkzeug von den Glasmachern kaufen lassen könnte, wie es zu Methusalem's Zeiten gewesen ist. Daß aber das Einkommen eines Teilhabers höher ist wie das der Bonzen, oder gar das eines Spezialglasmachers, beweist nachstehender Auszug aus der Bilanz.

Angenommener Gewinn bei D. S. G. 93 000 RM
abzüglich Gehalt und Darlehenszinsen

| RM | DM | GF | |
|------|------|------|-----------|
| 7200 | 3600 | 3600 | |
| 1600 | 2400 | 2400 | |
| 8800 | 6000 | 6000 | 21 000 .. |

von der Gesellschaft zu versteuernder Gewinn . . . 72 000 RM
abzüglich Gewerbesteuer (2 % // 600 % = 12 %) . . . 8 600 ..
63 400 RM

(bei D. S. G. 93 000 RM zu 12 % = 11 200 RM,
sonach Ersparnis 2600 RM).

Rücklage für kommende Verluste 10 % 6 000 ..
57 400 RM

3 % MZ = 21 000 RM, Kapitalzinsen RM DM GF
1800 1800 1800 26 400 RM

Zur Aufteilung kommender Gewinn 31 000 RM

| MZ | RM | DM | GF |
|--------|-------|-------|-------|
| 10 000 | 7 000 | 7 000 | 7 000 |
| 21 000 | 7 200 | 3 600 | 3 600 |
| — | 1 800 | 1 800 | 1 800 |
| — | 1 600 | 2 400 | 2 400 |

abzgl. Eink.-Steuer . . . 31 000 17 600 14 800 14 800
5 400 2 000 1 500 1 500
25 600 15 600 13 300 13 300

ersparte Gewerbest. 2 600 42 200 : 3 = 14 000
23 000
14 000

9 000 hat MZ mehr für Risiko und Betriebskapitalbildung

| Einkommensteuer | 1 800 RM frei | MZ | RM | DM | GF |
|-----------------|------------------|------|------|------|------|
| weitere | 6 200 = 10 % | 620 | 620 | 620 | 620 |
| " | 4 000 = 12 1/2 % | 500 | 500 | 500 | 500 |
| " | 4 000 = 15 % | 600 | 600 | 420 | 420 |
| " | 4 000 = 20 % | 800 | 320 | — | — |
| " | 8 000 = 25 % | 2000 | — | — | — |
| " | 18 000 = 30 % | 900 | — | — | — |
| | | 5420 | 2040 | 1540 | 1540 |

Ein anderer Teilhaber namens Curt Funk glaubt seine Weisheit darin kundzutun, indem er sich Klagen über das Reichsbanner erlaubt, was er beliebig Sch... banner nennt. Die älteren Glasmacher oder die, welche ihre Rechte wahrten, hat man versucht los zu werden, dafür hat man junge Leute angelernt, mit denen man ja besser umspringen kann, die man seitens des Herrn Fabrikbesizers Waldermann auch leichter mit Rohrasen, dumme Jungen usw. titulieren kann. Arbeiter im Betrieb erklären, wenn man nicht sozial Nazipolitik im Betrieb treiben würde, dafür sich mehr sachlich und sachlich um den Betrieb kümmern würde, wäre es viel besser. Dazu ist aber vor lauter Nazipolitik zu wenig Zeit.

Der Belegschaft muß jedoch auch gesagt werden, daß sie sich mehr um die gesetzlichen und tariflichen Rechte kümmern muß, vor allen sich Kenntnisse aneignen muß, um damit den Phrasendreschern entgegen zu treten, denn wenn es die Leitung nicht kann, muß die Arbeiterchaft einmal die erzieherische Kraft aufbringen und Erzieher des Unternehmers sein. Restlose Zugehörigkeit zur freierwerkschaftlichen Organisation ist erste Vorbedingung, um selbst für anständige Behandlung und Wahrung der Arbeiterrechte Sorge zu tragen.

Gräfenoda

Achtung! Wie wir in Erfahrung bringen, wird seitens der Betriebsleitung der Glashütte „Wilhelmshütte“ versucht, Glasmacher nach hier vermitteln zu lassen. Aus welchem Grunde das geschieht, ist um so weniger ersichtlich, da die Glasmacher der Wilhelmshütte bereits seit Monaten stark verkürzt arbeiten. Wir möchten deshalb alle Glasmacherkollegen welche beabsichtigen, hier in Arbeit zu treten oder nach hier vermittelt werden sollen, um ureigenen Interesse erwiehen, sich vorher mit der hiesigen Fabrikverwaltung in Verbindung zu setzen. Die Zahlstellen-Verwaltung.

Flaschenindustrie

Nach Mitteilung des Vorsitzenden der vereinbarten Schlichtungskstelle im Lohnstreit der deutschen Flaschenindustrie, Herrn Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, haben die Parteien die Schiedssprüche betr. Mantel- und Lohnsätze angenommen. Die Arbeitnehmerorganisationen haben jedoch bei ihrer Annahmeerklärung auf die große Belastung durch die Schiedssprüche hingewiesen und nur die Zustimmung gegeben, um die jetzigen arbeitsmarktpolitischen Verhältnisse nicht noch besonders zu verschärfen.

großen Glashütte Charbonneau in Reims ist die Kurzarbeit eingeführt.

Am schlimmsten jedoch sieht es in der Flaschenglasindustrie aus. Dieser Industriezweig ist in Händen des Kleinunternehmertums geblieben und hat das alte Arbeitsverfahren beibehalten. Am Ankauf von Maschinen fehlte es an der nötigen Konzentration und auch an der Initiative. Die Kartelle haben die Fehler einer solchen Lage anerkannt und Betriebe mit Wasserrädern und automatischen Maschinen eingerichtet. Die Krise kommt ihnen zu Hilfe und zwingt die alten Flaschenbetriebe, mindestens die schwächsten, die Produktion endgültig aufzugeben.

In der Normandie sind folgende Betriebe geschlossen: Glashütte von Tréport, Blangy-sur-Resles, Offranville, Martainville, Rétonval, Valb'ulnoy, wovon der größte Teil die Arbeit nicht wieder aufnehmen wird.

In einem andern Flaschengebiet, der Gegend von Evon, liegen weiter still: die Glashütten Beroud (Evon), Roche (St.-Etienne), währenddem andere Betriebe sich nur mit Mühe aufrecht erhalten und ihrem nahen Ende zugehen. Diefelbe Lage ist für das Gebiet von Bordeaux zu verzeichnen, wo die kleinen Unternehmen zur Herstellung von Konfervengläsern überleben, weil ihre Einrichtungen veraltet sind. So mußten die Glashütten St.-Martin und Capter die Fabrikation einstellen. Die Fabriken für elektrifizierte Birnen in der Umgebung von Paris arbeiten mit beschränktem Mitteln weiter.



Generalangriff auf die Löhne der Porzellanarbeiter

Nach monatelangen, gut durchdachten Vorbereitungen sind die Unternehmer auf der ganzen Front zum Generalangriff übergegangen. Abteilungsleiter, Betriebsleiter, Direktoren, Generaldirektoren, Kommerzien-, Geheim- und Wirtschaftsräte, akademische Arbeiterbefürworter, in- und ausländische Presse, kurzum, mit allen verfügbaren Kalibern feuert man in den letzten Wochen auf die hohen Gehaltskosten, hervorgerufen durch die „kolossal hohen“ Arbeitslöhne in der Porzellanindustrie. Die gesamten geistigen, wirtschaftlichen und vor allem die unterirdischen Kräfte sind am Werk, um über die durch eine vielmonatige Kurzarbeit zermürbte Arbeiterschaft herzufallen.

Es hat ganz den Anschein, als ob die Unternehmer ihre Munition nicht umsonst verschossen hätten, denn die Allgemeinheit ist bereits von der Richtigkeit des Unternehmerlampenfalles überzeugt, und mancher brave Bürgermann, der vor zwei Jahren nur den „Ausbruch“ „Pompierporzellan“ kannte, rühmt heute auf Grund dieser einseitigen Pressemeldungen nach, daß die Porzellanindustrie eigentlich gar nicht so lypidig waren, sondern für ihre verhältnismäßig kurze Arbeitszeit eine fürliche Bezahlung erhielten. Sogar eine Anzahl Porzellanarbeiter haben durch diese verblüffende Aktion den Kopf verloren und treten an verschiedenen Stellen direkt panikartig den Rückzug an. Was ist nun das spezielle Ziel, das die Unternehmer nach so einem langen harten Kampf erringen wollen? Der Lohn der Porzellanarbeiter, der durch Inflation und Geldmarktumwertung auf ein Mindestmaß zurückgedrängt wurde, soll durch diesen großangelegten Angriff aufs allermindeste herabgedrückt werden. Was das bedeutet, kann einzig und allein nur der ermessene, der in einer Porzellanfabrik tätig ist und um das gegenwärtige Tempo weiß.

Ohne andauernde Tarifverletzung geht es selbstverständlich bei diesem Kampf nicht ab. Die Unternehmer, die in der Inflation, wenn die Geldentwertung den tariflichen Ermäßigungen mit Rücksichtnahme voraussetzt, immer auf den Tarif, der ja mit „euren“ Vertretern zustande gekommen ist“, hinweisen, können jetzt nicht die Zeit abwarten, bis der Tarif, der jetzt auch mit „ihren“ Vertretern zustande gekommen ist“, in ihrer bereits erwarteten Preisabnahme hinat. Hauptächlich in der letzten Zeit der Inflation war man dahinter gekommen, nur in ausländischen Devisen zu verkaufen, den Arbeiter hingegen zahlte man immer noch nach dem inländischen, ungeheuer niedrig

stehenden Tarif. Jetzt, wo die Sache eine kaum merkbare rückläufige Bewegung zeigt, wollen die Unternehmer nichts mehr vom Tarif wissen, und gehen andauernd dazu über, die Löhne auf eigene Faust abzubauen. Wo man sich schon tarifreu zeigt, kennt man nur den tariflichen Mindestlohn, und wenn es besonders hoch kommt, die Inflationsbasis. Mit anderen Worten: Alford arbeiten bis zur höchsten Ausnutzung und als Bezahlung einen niedrigen Stundenlohn.

Wie man sich die Lebenshaltung der Porzellaner weiter denkt, auch dafür ist bereits im voraus gedacht. Alle großen Geister waren Tag und Nacht tätig, um über das Wohlleben der Porzellaner nachzudenken, bis man endlich das Schlagwort von den „nur Reisbrei essen den japanischen Porzellanarbeitern“ gefunden hatte. Ueber die sonstigen Verhältnisse Japans haben diese sonderbaren Kaffeebohnen wohlweislich geschwiegen.

Die jetzige Krise, mag sie hergekommen sein, woher sie will, wird von den Unternehmern wörtlich auf gut Deutsch überseht, und auch die Arbeiter dürfen unter dem Fremdwort nicht etwas verstehen, dem man einfach machlos gegenübersteht und wartet, wie die ganze Sache eben ausgehen wird. Das Wort Krisis — Entscheidung, Wendung — muß dem Porzellanarbeiter eingeschrieben zu denken geben, nachdem er vom Unternehmer durchaus nicht im Zweifel gelassen wurde, was sich wenden und entscheiden soll.

Eine auffallende Schwäche zeigen hier die Porzellanarbeiter, die auch den deutschen Heimkriegern eigen war. Sie sind gewöhnt, von der Verbandsleitung immer prozentuale Forderungen zu erwarten, wie die Heimkriegern immer ihren Sieg haben mußten, bis ihnen der völlige Zusammenbruch etwas anderes lehrte. Hier muß sich der Arbeiter absolut daran gewöhnen, auch einmal von der Gewerkschaftsleitung etwas für den einzelnen Unangenehmen zu hören, ohne gleich die Nerven zu verärgern und nicht, wie bei dem letzten sechsprozentigen Lohnabbau, die bisher gebaltene Kampfstellung ohne weiteres aufzugeben und alles schon für verloren halten.

Betriebsräte, Funktionäre und Arbeiter, zum Zurückgehen ist ebenso organisatorische Kraft notwendig wie zum Vorkürmen, denn ein unregelmäßiger Rückzug wird eine Katastrophe, und diese muß in dieser Zeit der größten Unternehmerrückwärts unter allen Umständen vermieden werden.

Sacharbeiter ja — aber Sacharbeiterlöhne . . . ?

Bei den Berechnungen der Sachverständigen aus der deutschen Porzellan- und Steingutindustrie vor dem Enquete-Ausschuß im Sommer 1930 wurde die Frage besprochen, welche Faktoren maßgebend waren, daß die Porzellanindustrie sich in bestimmten Gebieten ansiedelte, z. B. in Oberfranken. Von mehreren Herren der Industrie wurde ausdrücklich betont, daß neben der Rohstoffversorgung vor allem die in Oberfranken ansässige qualifizierte Arbeiterschaft die Entziehung der Fabriken bedingt habe. Was für Oberfranken gilt, gilt natürlich auch für andere Gebiete des Deutschen Reiches, an denen sich die Porzellanindustrie seit Jahren und Jahrzehnten festgesetzt hat. Diese Anerkennung der Sacharbeiter für die Notwendigkeit der Entwicklung in der Industrie ist erfreulich. Dabei muß selbstverständlich der Begriff Sacharbeiter im weitesten Sinne aufgefaßt werden. Als Sacharbeiter dürfen nicht nur die Dreher, Maler usw., mit einem Worte die gelernten Arbeiter bezeichnet werden, sondern über diese Sparten hinaus müssen auch die in den Deisen, Mühlenabteilungen, Schleiferreien, Naderreien usw. beschäftigten Arbeiter der feinkeramischen Industrie als Sacharbeiter anerkannt werden. Die besten Dreher, Sieber und Maler können die Qualität des Produktes eines Betriebes nicht halten, wenn die Rohstoffe, die Halbfabrikate und die Fertigungsmittel in den anderen Abteilungen nicht optimal und sachmännlich behandelt werden. Daher kann man auch in der feinkeramischen Industrie die an sich erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß das Arbeitsverhältnis in den Betrieben weit über die Sparten der gelernten Arbeiter hinaus ein verhältnismäßig stabiles ist, vor allem soweit die Qualitätsbetriebe in Betracht kommen. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß öfterer Wechsel der Arbeiterschaft einen Qualitätsrückgang der Erzeugnisse mit sich bringen muß. Ein Betrieb kann so gut durchrationalisiert sein, als er will, er kann sich die technischen Erzeugnisse in hohem Maße zu eigen gemacht haben, er wird an seinem Ruf aber einbüßen, wenn unter der Arbeiterschaft starke Fluktuation zu verzeichnen ist.

Aus dieser Erkenntnis heraus sollte man meinen, daß die geliebten Sacharbeiter auch entsprechend ihrer Leistung bezahlt werden. Da hapert es aber bedauerlich. Die Tariflöhne in der feinkeramischen Industrie gehören zu den unter dem Durchschnitt liegenden Löhnen. Dazu kommt, daß der Abstand von

den Männerlöhnen zu den Frauenlöhnen sehr einschneidend und keineswegs berechtigt ist. Nahezu 50 v. H. der Beschäftigten sind Frauen. Von einem großen Teil dieser Frauen werden die gleichen Leistungen verlangt wie von den Männern. Die entsprechende Bezahlung sucht man den Frauen aber mit allen Mitteln vorzuenthalten. Es dürfte wenig Industrien geben mit einem Verhältnis des Männerlohnes zum Frauenlohn von 100 : 60. Da ist es kein Wunder, daß dort, wo die Minderheit besteht, die Frau immer mehr den Mann verdrängt, daß Frauen sogar zu Arbeiten herangezogen werden, die ihnen körperlich gar nicht liegen.

Es ist schon erwähnt worden, daß die Tariflöhne in der feinkeramischen Industrie verhältnismäßig niedrig sind. Diese Tatsache hat auch bei allen Verhandlungen eine außerordentlich grobe Rolle gespielt und ist auch von vielen beamteten Schlichtern anerkannt worden. Die Unternehmer suchten sich immer aus der Situation herauszuwinden, indem sie die Behauptung aufstellten, daß die tatsächlichen Verdienste ganz wesentlich über den Tariflöhnen liegen. Wenn das bis vor kurzem teilweise richtig war, so hat man ansehnend in den letzten Monaten auf Unternehmenseite diese Behauptungen vergessen. Jetzt ist man drauf und dran, die Belegschaften auf den nackten Tariflohn herabzudrücken. Wie oft hat man behauptet, wir zahlen unseren Zeitlöhnern Leistungsprämien, die Alfordpreise sind so bemessen, daß wesentlich über die Basis verdient werden kann. Diese Behauptungen sind von den Schlichtern als wahr unterstellt worden, und sie haben sich bei der Festsetzung der Löhne davon beeinflussen lassen. In Zukunft ist es nicht mehr damit, das niedrige Lohnniveau mit freiwillig gewährten überhartlichen Zuschlägen zu entschuldigen. Die Arbeitgeber werden sich bei den nächsten Verhandlungen gefallen lassen müssen, daß ihnen gesagt wird, was sie den so sehr geschätzten Sacharbeitern anubieten wollen. Die Tariflöhne der Arbeiterschaft in der feinkeramischen Industrie müssen unbedingt so gestellt werden, daß sie den Bereich mit den Löhnen ähnlich gelagerter Industrien betreffen können. Wenn man die Entlohnung mit dem nackten Tariflohn für richtig hält, dann muß dieser aber mindestens den Arbeitern das Existenzminimum gewährleisten. Das ist in ganzen Bezirken unseres Vaterlandes bis zum 1. Februar nicht der Fall gewesen und nach dem 1. Februar noch viel weniger.

Neues Porzellan-Malverfahren?

Die „Frager Presse“ berichtet: Während die bildende Kunst und das Kunstgewerbe in den letzten Jahrzehnten neue Wege und Ausdrucksmöglichkeiten suchten und auch fanden, ist ein Zweig derselben, die manuelle Malerei auf Porzellan, Glas und ähnliches Material, im Verlauf der Zeit aus mannigfachen Ursachen in Stillstand geraten und steht so ziemlich auf derselben Entwicklungsstufe wie vor einem Jahrhundert. Durch die Verbeibaltung der alten, zeit- und orte- und dem Material gar nicht adäquaten Malverfahren wurde die Porzellanmalerei immer mehr auf rein handwerksmäßige Bahnen gedrängt, verflüchtete und ist mangels neuer Ideen starr geworden. Die Bemühungen einiger Künstler, neue Wege zu finden, führten zu Zweifelsfragen und arbeitete mit Konsequenzen an die konservativen Maler. Das gilt insbesondere für die Unterfranken- und Antialpinmalerei. Das Porzellanmalerei als Kopie von Gemälden aus und als selbständiges Original in Auftrag ist heute — was an der Porzellanmalerei verstanden wird, weil es gewöhnlich aufmalerei ist — verschiedene Techniken und willig verschiedene Malverfahren gegeneinander auszuwählen. So steht heute die Porzellanmalerei zwischen zwei Extremen. Sie bemüht sich die bildmäßige Darstellung des Bildes, Manierells oder der Zeichnung nachzuahmen in sehr oft kleinen Rahmen Erzeugnisse in eigenen Stillen zu schaffen. Der Wert davon ist unklar und zitternd, die Schöpfungen sind zumeist geistlos geworden.

Es ist ein Verdienst des Frager Malers Prof. M. S. Schindler ein manuelles Malverfahren erfinden zu haben, welches gerade einer besonderen technischen Ausprägung unterworfen ist und die Porzellanmalerei in einer neuen Bahn leitet. Dieses Malverfahren, welches der „Frager Malerei“ bekannt ist, ist in seinen Grundprinzipien vollständig und bietet in der Herstellung der bei ihrer Ausdrucksweise bisher getrennten Techniken: Aufglasur und Unterfranger nach reiche Entwicklungsmöglichkeiten.

Zum Unterschied von der bisherigen Malweise arbeitet die „Frager Malerei“ nicht mit dem Pinsel, sondern schafft Formen und Effekte mit ganz anderen patentgeschützten Werkzeugen. Wie schon der Name andeutet, arbeitet sie durch Ausnehmen aus einer gleichmäßig aufgetragenen Farbschicht vom Dunkel ins Hell, wobei das Material, je nachdem es sich um Ober- oder Unterfranger, — Transparentmalerei handelt, als Malgrund entsprechend zur Geltung kommt. Das neue Verfahren bedeutet nicht nur eine Rationalisierung der Erzeugnisse und ein etwas schnelleres Arbeitstempo, also auch eine Entlastung der Maler, sondern bietet auch dem feinkeramischen Kunstmalerei die technischen Voraussetzungen für die Schaffung eines modernen Stils und die Wiederkehr der künstlerischen Porzellanmalerei. In seinem vor kurzem abgegebenen Vortragen über das Frager-Malverfahren hat der Frager des Frager-Malereibemühens Dr. R. Gerwin betont, daß sie ohne Beispiel in der Kunstentwicklung der Gegenwart steht und durch ihre breite, impressionistische malerische Ausdrucksweise, welche sie anzuwenden gestattet, unserer modernen Zeit voll entspricht und eine große Bedeutung insbesondere für die kunstgewerbliche und industrielle Erzeugung hat. Ähnlich haben sich auch die feinkeramische Prof. Dr. Kollauer, von der Frager-Technischen Hochschule, Prof. Dr. Pazauer, Direktor des Kunstgewerbevereins in Stuttgart u. a. ausgedrückt.

Die Belebung der Porzellanmalerei durch die neue Maltechnik kommt gerade in eine Zeit, in welcher das kleine Porzellan-Zeichengemälde infolge der Eigenart der Wohnungseinrichtungen mehr als je populär wird und sich auch der Bedarf an farbigen Transparentmalereien, die mit verschiedenen Motiven bemalt sind, in privaten und öffentlichen Räumen immer mehr bemerkbar macht.

Dabei ist die Fragermalerei, welche heute als Neuheit schon Bagdad für das laute Publikum und Sammler auszuweisen beginnt, keineswegs als Malereierfindung zu werten, sondern als eine Stufe zur Höherentwicklung und als Aus-

gangspunkt einer neuen Epoche der Porzellanmalerei. Das Verfahren ist heute in der Tschechoslowakei, Deutschland und den anderen Ländern der Patent-Union durch Patente geschützt und das Interesse, welches sich für die Erwerbung von Lizenzen in Schweden, Norwegen, Frankreich und Italien zeigt, ist ein Beweis, daß von Künstlern und Industriellen die Bedeutung der Frager Malerei für die Entwicklung dieses Kunstzweiges richtig eingeschätzt wird. Professor Schindler arbeitet selbst an der Fortentwicklung seines Malverfahrens weiter und verpflichtet schon bei der bevorstehenden Ausstellung seiner Arbeiten, welche bei Gelegenheit der Frühjahrs-Mustermesse in Prag stattfinden wird, Proben weiterer Verfeinerungen und technischer Ausdrucksformen zu geben.

Inwiefern die vorstehenden Ausführungen zutreffen, können wir nicht beurteilen. Uns kommt es vor, als sei es eine recht aufgebaute Klage mit dem Zweck, Geschäfte zu machen. Wir werden ja sehen, was Wahres an dem neuen Verfahren ist und ob auch die Fabriken damit arbeiten können.

Gew

Von einem Zuhörer der Arbeitsgerichtsitzung vom 9. März wird uns geschrieben:

Die führenden Personen aus den Kreisen der Porzellanindustrie haben immer die Auffassung vertreten, nur Qualitätsware kann die Industrie hochhalten. Selbst die Stadt des Porzellans, genießt wegen ihrer hochstehenden Qualitätserzeugnisse Weltruf. Selbst hat die staatliche Fachschule für Ausbildung tüchtiger Fachkräfte für die feinkeramische Industrie in ihren Mauern. Zweck Heranbildung bringend benötigter unentbehrlicher Facharbeiter haben verschiedene Porzellanfabriken der Stadt Selbst versucht, die fünfjährige Lehrzeit einzuführen. Einer der hervorragendsten Vertreter der hiesigen Fabriken erklärte als Sachverständiger im Enqueteausschuß (Ausschuß zur Untersuchung der Wirtschaftslage in den einzelnen Industrien), daß alles versucht werden muß, um tüchtige Fachkräfte heranzubilden; denn zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit ist die Erhebung der Qualität bringend notwendig. Derselbe Herr führte in derselben Korporation als Sachverständiger aus, daß für die Gestaltungsarbeiten der Porzellanindustrie der Nachwuchs an Lehrlingen, ganz besonders an Dreherlehrlingen, fehlt.

Wenn man, wie ich, der am 9. März vor dem Arbeitsgericht Selbst geführten Verhandlung aufmerksam zugehört hat, so ist's kein Wunder, wenn niemand seinen Jungen Dreher lernen läßt. Der Betriebsleiter einer Selber Qualitätsfabrik der von einer Urzberger Glasperlenfirma gekommen ist, hat als Zeuge ausgesagt: Als Dreher (Bederquettler) eignet sich jeder Junge von der Straße herein.“ Weiter behauptete derselbe Sachmann, von Beruf Keramiker: Ein alter Dreher, der der Firma 20 Jahre gedient hat, eignet sich nicht zum Bederquettler, denn er ist zu alt und nicht mehr klug genug, deshalb mußte er wegen Arbeitsmangel entlassen werden, um billigere und willigere junge Mädchen an solche Plätze zu bringen, damit die Firma konkurrenzfähig bleibt. Eine solche Aussage bedeutet die Verhöhnung der gesamten feinkeramischen Industrie; was sagen die führenden Kreise der Industrie dazu? Die sachmännlichen Aussagen des Betriebsleiters der Glasperlenfirma der Firma noch zu bekräftigen, indem er seinen großen Sachkenntnissen dahin Ausdruck verlieh, daß es für die Selbsterhaltung der Porzellanfabriken eine unbedingte Notwendigkeit geworden sei, nur noch billige weibliche Arbeitskräfte zu beschäftigen, und alte, im Betrieb grau gewordene männliche Arbeitskräfte (Dreher) müssen weichen. Er fügte noch hinzu, so unsozial dies ist, aber die Existenz des Betriebes verlange dies. Seine Verteidigungsrede lang so aus, als wären die fleißigen Arbeitsbienen auf einmal zu Drohnen geworden, wir könnten und werden diesem Herrn Doktor bei passender Gelegenheit schon sagen, wo die Drohnen ihren Sitz haben. Ueber die großen, hohen Soziallasten hat dieser Syndikus geredet; auch die bösen Gewerkschaften müßten herhalten, und dabei hat der Doktor ganz hergelesen, daß es ohne Gewerkschaften auch keine Syndikate geben würde. Ein Glanzstück leistete er sich, indem er ausführte, die Firma hätte den alt und grau gewordenen Dreher wegen Krankheit entlassen können, aber dies tat sie nicht, weil sie noch sozial denkt.

Dem Heffiker des aus kleinsten Anfängen groß gewordenen und Weltruf genießenden Unternehmens wäre nachzulegen, die guten Ratschläge seines Rechtsbeistands und überaus tüchtigen Betriebsleiters zu prüfen.

Für die als Zuhörer anwesenden Eltern wird das Gehörte eine Warnung sein, und sie werden mit mir einig sein, daß es keinen Wert hat, den aus der Schule entlassenen Jungen Dreher lernen zu lassen, denn er ist als Schlinga ein Ausbrennungsobjekt, und wenn er ausgereist hat, muß er der billigeren, willigeren weiblichen Arbeitskraft Platz machen. Dies wurde von dem Klagevertreter besonders hervorgehoben.

Die Arbeiterschaft muß aus solchen brutalen Vorgehen die richtigen Schlüsse ziehen und sich immer enger und fester in den Gewerkschaften zusammenschließen, denn nur durch die Gewerkschaften kann die Arbeiterschaft solch brutales Vorgehen abwehren.

Zulassung Deutsche Porzellanmaler

| Kassenbericht pro 2. Halbjahr 1930. | | Ausgabe RM | |
|--|--------------|-------------------|-----------|
| Einnahme RM | | | |
| Beiträge und Eintrittsgelder | 6 850,— | Krankengeld | 5 254,50 |
| Kapitalverehr | 2 944,16 | Kapitalverehr | 2 570,96 |
| Außerordentl. Einnahmen | 0,50 | Verwaltung der | |
| Bestand am 1. Juli 1929 | 15 366,86 | Bahlfstellen | 433,43 |
| | | Verwaltung der | |
| | | Daupfkasse | 220,97 |
| | | Außerord. Ausgabe | 3,— |
| | | Bestand Ende 1930 | 16 678,16 |
| | | Summa | 25 160,52 |
| Jahres-Bilanz 1930. | | | |
| Einnahme | 20 328,07 RM | | |
| Ausgabe | 17 877,— RM | | |
| Ueberschuß 2 951,07 RM | | | |
| Vermögens-Nachweis. | | | |
| Sparschneiderei in der Konsum-Gesellschaft | 15 576,48 RM | | |
| Hilfskassentonto | 675,19 RM | | |
| Ausschüsse an die Bahlfstelle im 1. Quartal 1931 | 400,— RM | | |
| Bar | 25,49 RM | | |
| Summa 16 678,16 RM | | | |
| Mitgliederbestand: 586. | | | |
| Walzenburg, den 4. März 1931. | | | |
| Adolf Bor, Kassierer. | | | |

Die berichtet wird, sind die deutsch-tschechischen Porzellanverhandlungen als gescheitert anzusehen. Es handelte sich hierbei bekanntlich um Verhandlungen über die Preisfrage und um Zustandekommen eines Koalitionsabkommens.



Erledigung von Differenzen

Im Dezember v. J. wurde ein Schiedsspruch für die Kalk- und Portlandzementwerke Grobhartmannsdorf G. m. b. H. Kreis Bunzlau, gefällt und verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch sah einen 3 bis 6 prozentigen Lohnabbau vor.

Infolge Austragsmangel und unter besonderer Bezugnahme auf den nicht ausreichenden Lohnabbau legte die Firma am 17. Dezember v. J. den Betrieb gänzlich still. Man glaubte, mit dem angeblich zu geringen Lohnabbau nicht auskommen zu können. Nach wochenlangen Verhandlungen gelang es nunmehr, mit der Firma zu einer Einigung zu kommen. Die Schiedssprüche wurden von der Firma anerkannt und wurde bezüglich der Abfordern gleichfalls eine Einigung erzielt und ausgeführt. Zugleich wurde vereinbart, daß der mitentscheidende Betriebsrat sofort wieder zu den alten Rechten eingestellt wird. Desgleichen werden zunächst nur die Arbeiter wieder eingestellt, welche bis zur Stilllegung des Betriebes im Werk beschäftigt waren.

Eine recht traurige Rolle spielten bei diesen Vorgängen die Anhänger der Nazis. Die Firma verfuhrte in der Zwischenzeit den Betrieb wieder teilweise aufzunehmen, was mit Hilfe der angeblichen Arbeiterpartei auch teilweise gelungen ist. Mehrere Mitglieder dieser Partei gingen auf den Dörfern von Haus zu Haus und warben um Arbeitskräfte. Sie erklärten den Kollegen: „Wenn ihr euer Mitgliedschaft von freien Gewerkschaften abgibt und Mitglied bei uns werdet, könnt ihr euch sofort im Werk zur Arbeit melden, ihr werdet sofort aufgenommen. Daß diese Kollegen für weniger Geld, als wie der Schiedsspruch vorsah, zu arbeiten hatten wurde zunächst vorzüglich verschwiegen. Stets beriefen sich diese Anhänger dabei auf die Anweisung der Firmeninhaber. Besonders leisteten sich dabei die Arbeiter Brüll, Starke und Kujad, sämtlich Mitglieder der Nazis. Letzterer erklärte sogar seinem Stiefvater gegenüber: „Wir werden dafür sorgen, daß die roten Betriebsräte den Betrieb nicht betreten.“

Auch mochte er sich an Arbeitsvermittlungen vorzunehmen, indem er Werber telefonisch mitteilte, daß sie nur den Firmeninhabern mitzuteilen brauchten, daß sie den Nazis angehören, da würden sie sofort angenommen, andere Leute kämen nicht mehr in den Betrieb hinein.

Der Geschäftsinhaber auf der Poststraße in Bunzlau wird auf sein Vokal für solche Arbeitsvermittlungen in Zukunft nicht mehr herzugeben, da wir uns sonst für ihn besonders interessieren müßten. Für Geschäftsleute ist das immer eine heisse Sache.

Trotz der Behauptungen dieser eifrigen Arbeitsvermittler, von der Firma Auftrag dazu zu haben, erklärte die Firma vor einer Behörde, daß sie mit diesen Dingen in keinerlei Zusammenhang stehe.

Wenn man dies als noch unterstellt, so ist festzustellen, daß sich diese unfaulheren Elemente der gemeinsten Mittel bedienen, um langjährige Arbeiter aus den Betrieben herauszubringen. So haben die Mitglieder der vielgerühmten neuen Arbeiterpartei in Wirklichkeit aus Wirksamkeit unserer Kollegen, solchen Werbern in Zukunft ganz energisch die Tür zu weisen, im gegebenen Falle auch mit einigem Nachdruck, damit sie das Wiederkommen verpassen. Zu erwähnen wäre noch, daß auch einige Meister solche Dinge unterstützen, obgleich sie angeblich dem Werkmeisterverband angehören. Wir werden feststellen, ob dies der Wahrheit entspricht, um dort erwägen zu lassen, ob solche Leute noch würdig sind, in der Organisation behalten zu werden.

Die am 9. d. M. stattgefundenen Betriebsversammlung, als auch die Versammlung für die noch außenstehenden Kollegen, nahmen den Bericht über die stattgefundenen Einigung entgegen und erklärten, mit dem Abschluß der Gewerkschaft vollkommen einverstanden zu sein.

Wieder einmal hat sich gezeigt, daß den Arbeitern nur durch die freien Gewerkschaften geholfen werden kann.

Die Kollegen der Firma Dehmisch in Grobhartmannsdorf dürften aus diesen Dingen eine besondere Lehre zu ziehen haben. Sie glaubten im Herbst vorigen Jahres die Organisation nicht mehr nötig zu haben und ließen sich auf betriebliche Abmachungen ein. Der Erfolg besteht darin, daß diese Kollegen nunmehr einen Stundenlohn erhalten, der um 6 Pennia geringer ist als im Oberwerk, obgleich die Arbeitsleistung genau dieselbe ist. Man sucht diese Differenz dadurch auszugleichen, daß man Heberstunden nach besten Kräften leistet, obgleich Hunderte in unserem Kreis sehnsüchtig auf Arbeit warten. Wie uns mitgeteilt wird, sollen sogar Sonntags dort die Mühlen laufen. Vielleicht hält auch Herr Dehmisch wieder einmal vor seinen Arbeitern einen Aufklärungsvortrag über die deutsche Wirtschaft, wobei es ja auch nicht auf ein paar Bagen Bier ankommt, damit wenigstens ein Ausgleich für den ausfallenden Lohn in Höhe von 3 RM pro Woche geschaffen wird.

„Kalkarbeiter, aufgewacht, es geht um euren schwer zu verdienenden Lohn und um eure Existenz überhaupt!“
Broders.

Kalkarbeiterschaft-Versammlung im Bezirk Simbach/O.

Schon jahrelang war nach Aussage des alten Kollegen Jakob Bahn-Dehru aus der organisierten Kalkarbeiterschaft der Wunsch laut geworden, eine Versammlung einzuberufen, die jedem in der Kalkindustrie beschäftigten Kollegen die Möglichkeit geben sollte zu einer gegenseitigen Aussprache. Erst im Jahre der schlimmsten Not war es möglich, diesem Wunsche zum erstenmal Rechnung zu tragen. Es war um so eher möglich, da die Kalkarbeiterschaft auch im Simbacher Gebiet genau wie im übrigen Deutschland mit mehr als 90 Proz. im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Simbach (Bahn), organisiert ist. Die Versammlung war auf den 8. März 1931, vormittags 10 Uhr, festgelegt und als Referent das Beiratsmitglied des Hauptverbandes, der Kollege Eraber von der Zahlstelle Mainz, benannt worden. Der Kollege Eraber hielt einen Vortrag über die zur Zeit herrschende Krise nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Weltwirtschaft. Sprach über Organisationsfragen, über Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, und gab einen Überblick, wieviel Hunderttausende noch abseits der Organisation stehen. Der Beifall am Schluß seines Vortrages bewies, daß er sämtlichen Versammlungsteilnehmern, und es waren nicht wenige, aus dem Herzen gesprochen hatte. Nach dem Vortrag des Kollegen Eraber ging die Versammlung zum eigentlichen Zweck der gegenseitigen Aussprache selbst über. Der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Seeger, hat sich über die Lohn- und Mantelstariffrage hauptsächlich zu unterhalten. Dem Wunsche wurde ausgiebig von verschiedenen Rednern Rechnung getragen. Der Kollege Bahn-Dehru, ein in der Gewerkschaftsbewegung alt und grau gewordener Pionier, erinnerte an frühere Zeiten, an Zeiten vor dem Kriege, und war der Meinung, daß die in diesen früheren Zeiten vorhandene Charakterstärke und der damals vorhandene Idealismus der organisierten Arbeiter auch heute notwendig sei, denn nur durch Einigkeit innerhalb der Arbeiterschaft und

Zurückstellung kleinlicher Bedenken werden wir zu unserem Ziele kommen. Der Kollege Spieß war der Überzeugung, daß trotz des guten Besuches der Versammlung immerhin noch ein großer Teil der in der Kalkindustrie beschäftigten Kollegen fehle. Der Kollege Jakob Himmermann bestätigte dies an Hand einer kleinen ziffernmäßigen Aufstellung, war aber der Meinung, daß selten etwas auf den ersten Anlauf klappe. Der Kollege Böll-Allendorf schildert in treffender Weise das Beispiel ihres Lohnkampfes in den Jahren 1929/30, und es war wohl den Kollegen aus dem Herzen gesprochen, wenn gesagt wurde, so müßte und könnte es überall sein. Der Kollege Eraber im Betrieb Sahnitäten verwies auf die noch immerhin beträchtliche Zahl der der Organisation Fernstehenden und brachte zum Ausdruck, es müsse möglich sein, auch die noch abseits stehenden Kollegen zur Organisation zu bringen. Er besprach noch verschiedene Angelegenheiten über Wahlauflagen und Tätigkeit der Betriebsräte und betonte, daß in der heutigen Notzeit jede Leistung von Überstunden abgelehnt werden müsse.

Aus verschiedenen Ausführungen anderer Kollegen, die nicht alle genannt werden können, ging hervor, daß die Arbeiterschaft die heutigen schlechten Verhältnisse dazu benutze, um mit einer Unzufriedenheit, die ihresgleichen sucht, der Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen und vor allem die Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich zu verschlechtern.

Der dem Kollegen Seeger bei seinen Worten gegebene Beifall, daß wir dieses Gebahren der Arbeitgeber in für uns besseren Zeiten als Richtschnur benutzen und ihnen nicht verzeihen werden, bewies, daß trotz allem der Kampfeswille in der Kalkarbeiterschaft an der Bahn nicht gebrochen ist.

Um 2 Uhr wurde nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Eraber die Versammlung mit dem Wunsch geschlossen, in Zukunft noch mehrere solcher Veranstaltungen einzuberufen.

Selbstkosten für Erzeugung von Gips in modernen Betrieben

In Nr. 18 der „Tonindustrie-Zeitung“ veröffentlicht Herr Ernst Mehlförfer, La Paz (Bolivien), einen Artikel unter der Überschrift: „Das höchste Gipswerk der Welt“.

In diesem Artikel schildert er zuerst Bolivien selbst, welches die „höchsten“ Anlagen habe. Der größte Teil des Landes liegt etwa in Montblanc-Höhe. Die Hauptstadt La Paz selbst, die höchste Hauptstadt der Welt, liegt in einem Talkeßel meterhoch eingebettet, 8700 Meter hoch. Die Grenze des ewigen Schnees in diesem Sonnenlande ist aber erst bei 4500 Meter Höhe, schreibt Herr Mehlförfer wörtlich:

Nachdem er die Gewinnungsweise von Gips, wie sie jahrhundertlang nach primitiven Verfahren vor sich gina, beschreibt, kommt er auf das von ihm geleitete Werk, welches unter einer größeren Anzahl Kleinbetriebe das größte war, zu sprechen.

Dieses altertümliche Werk sei so unrentabel gewesen, daß man sich entschlossen habe, ein modernes Werk zu bauen.

Die neue Gipsfabrik die seit 1929 im Betrieb ist, und die von der Firma Gebrüder Weisser Fabrikwerke in Kaiserlautern, angekauft wurde, liegt in 4900 Meter Meereshöhe, etwa 15 Kilometer südlich La Paz. Der Berg, dem das Rohmaterial entnommen wird und an dessen Spitze das Werk steht, ist reiner Gipsstein. In Höhen des Perazs bednen sich große Torfmoose aus, die für Hunderte von Jahren genügend Brennstoff liefern.

Auch sonst sind die Produktionsbedingungen sehr günstig. Die geringe Entfernung des Wertes zum Verbrauchszentrum und die Möglichkeit, die Maschinen mit Wasserkraft zu betreiben, sind große Vorteile für das Werk und ermöglichen geringe Herstellungskosten im Verein mit der allermodernsten Einrichtung des Wertes.

Da bei den geringen Stromkosten der Ausbau der Wasserkräfte keinen Vorteil gebracht hätte, so arbeitet die Fabrik mit

gekauftem elektrischen Strom. Die Hochspannungsleitung einiger Binnlinien führt dicht an der Fabrik vorbei.

Ueber die Einrichtung des Wertes wird das folgende gesagt:

Aus dem Bruch, wo der Stein mit Koboldynamit gesprengt wird, kommt er auf ebener, nur 60 Meter langer Bahn in den hochgelagerten Steinbrecher. Der Steinbrecher entleert sich in ein Silo, von dem das Gut mit einer Förderaufgabe abgezogen und einem Behälter aufgegeben wird, durch welches das Gut über ein großes Sieb entweder der Dammermühle oder direkt dem Windlichter zugeführt wird. Das Feine des Windlichters geht ins Mehlilo, das Grobe wieder zur Mühle, von der Mühle zusammen mit dem frischen Gut ins Behälter und so fort.

Diese Mahlgruppe leistet 20 Tonnen in 10 Stunden, bei trockenem Stein auch noch mehr; infolge übersichtlicher Aufstellung der Maschinen ist nur eine Bedienungsperson erforderlich. Das Rohmehlilo entleert in die Kessel von 1 Tonne Fassungsvermögen. Kochdauer bei Torfheizung etwa 1 Stunde. Bedienung ein Mann. Unter den Kesseln befinden sich Heißdampfmager für den Abtransport des Affe. Unter dem Affe erfolgt die automatische Abladung, die aber für 10 Tonnen nur einige Stunden je Schicht arbeitet, so daß der Wader noch Zeit hat für andere Arbeiten, wie Begraden der Affe usw. Gegenüber 22 Mann, die wir in der alten Anlage beschäftigten, genügen jetzt drei für die Schicht.

Daraus ist zu ersehen, wieviel Arbeitskräfte durch die Rationalisierung freigesetzt und mithin der Lohnanteil am Fertigprodukt bedeutend gesunken sein muß.

Es wird dann noch eine Aufstellung über die Selbstkosten für sieben Monate gegeben, die in den einzelnen Monaten

zwischen 58 und 82 Centavos schwanken und im Mittel 67 Centavos oder etwa 1 deutsche Reichsmark Gekochungskosten für 100 Kilogramm gepackten Gips betragen.

Dabei ist alles von der Gewinnung des Rohmaterials, einschließlich Sprengstoff und Abschreibung der Apparate, Gewinnung des Brennstoffs einschließlich Zuführung zur Fabrik, Abschreibung der Anlage, Kosten der gesamten Löhne, Schmiermittel, Gehalt des Werkmeisters und anteilig der Betriebsleitung einbezogen.

Herr Mehlförfer hat in seinem Artikel leider keine Angaben gemacht, welche Löhne die dortigen Gipsarbeiter erhalten, so daß ein Vergleich mit deutschen Verhältnissen nicht möglich ist.

Gins geht aus seinen Ausführungen hervor, daß auch kleine Anlagen bei entsprechender günstiger Rohstoffbasis und sonstigen Einrichtungen rentabel sind.

Auch die deutsche Gipsindustrie hat rationalisiert, hütet sich aber, irgendwelche Zahlen über Selbstkosten usw. zu veröffentlichen. Es wäre wahrscheinlich auch ein recht interessantes Kapitel, wenn man darüber einmal einen genauen Aufschluß erhalten könnte.

Die deutschen Gipsunternehmer schreien immer an laute Stimmen mit über die hohen Löhne, die an der schlechten Wirtschaftslage der deutschen Gipsindustrie schuld sein sollen. Dabei sind die Löhne der deutschen Gipsarbeiter mit die niedrigsten innerhalb der gesamten Industriegruppen Steine und Erden.

Vielleicht veranlassen die vorstehenden Schilderungen unsere Kollegen in der deutschen Gipsindustrie, einmal über die Arbeitsweise, Einrichtungen der Betriebe usw. dem „Keramischen Bund“ Schilderungen einzusenden.

Lohnabbau ein zweischneidiges Schwert

Unter der Überschrift: „Teure Warenverteilung hindert den Preisabbau“, bringt die Unternehmerratszeitschrift „Ziegel und Zement“ in ihrer Nummer 9 vom 27. Februar 1931 eine Besprechung von Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Dersa (Zentrum), die dieser in der Wirtschaftskammer des Reichstages am 12. Februar d. J. über Warenverteilung usw. gemacht hat. Demnach hat Dr. Dersa darüber ungefähr folgendes ausgeführt:

„Der bloßen Warenverteilung dienen heute bei nicht gewachsener Produktion 55 Prozent mehr Firmen und 22 Prozent mehr Menschen wie vor dem Kriege.“

Dr. Dersa ist der Meinung, daß gegenüber der monopolistischen Ausschaltung des freien Wettbewerbes, die mehr und mehr von unseren industriellen Unternehmungen geübt würde, unsere Wirtschaftspolitik mehr zu aufbringen sollte.

Dieser Meinung kann man reslos zustimmen, vollends, wenn man die neuesten Bilanzen der großen Konzerne etwas genauer betrachtet und konstatiert, daß diese so gut wie gar nicht in ihren finanziellen Ergebnissen von der Weltwirtschaftskrise betroffen wurden.

Dr. Dersa führt noch Zahlen über die Arbeitslosen an, die mit Einschluß ihrer Familienangehörigen nahezu ein Drittel der deutschen Bevölkerung ausmachen. Jeder Arbeitslose verliere monatlich etwa 100 RM an Einkommen. Der Gesamtverlust an solchen Lohnsummen mache in Deutschland im Jahre ungefähr 45 Milliarden RM aus. Um diesen Betrag würde die innere Kaufkraft geschwächt.

Nun hat ja Dr. Dersa gewiß nichts Neues gesagt, aber „Ziegel und Zement“ hängt folgenden Kommentar an:

„Daß der Lohnabbau — ganz allgemein gesprochen — für unsere Wirtschaft ein zweischneidiges Schwert ist, haben wir schon früher in „Ziegel und Zement“ betont und erklärt, daß vor allem die Löhne abzubauen sind, die über dem Preisindex liegen (vor allem bei den Bauarbeitern).“

Ueber die „hohen“ Bauarbeiterlöhne wird ja zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft nie Einigkeit herrschen, doch das wollen wir dem Baugewerksbund überlassen, der Redaktion von „Ziegel und Zement“ nähere Aufklärung zu geben. Der Baugewerksbund hat ja schon oft das Märchen von den hohen Bauarbeiterlöhnen auf seine Verächtlichkeit untersucht und dargestellt, daß es eben ein Märchen ist. Wir können uns aber erinnern, daß auch „Ziegel und Zement“ immer in den Chorus der Unternehmern über die hohen Löhne mit eingestimmt hat und wir uns verschiedentlich dagegen gewandt haben.

Wenn „Ziegel und Zement“ jetzt manchmal etwas andere Töne anstimmt, so mag man wohl auch in Unternehmerrreisen so langsam durch die Talsachen zu der Ueberzeugung kommen, daß Lohnverabredungen das allergeringste Mittel sind um der Wirtschaft und vor allem der Bauwirtschaft wieder auf die Beine helfen zu können.

Fürfei

In der Türkei sind zwei weitere Zementfabriken fertiggestellt und im Spätherbst 1930 in Betrieb genommen worden, so daß die Türkei jetzt bereits über fünf produzierende Zementfabriken verfügt. Die Produktionsmöglichkeiten der einzelnen Unternehmungen werden wie folgt geschätzt: S. A. de Chaux et de Ciments en Turquie, Rehin-Burnu (Vorort von Stambul) 150 bis 200 Tonnen täglich; Societe des Ciments d'Anatolie S. A. L. in Karat bei Konstantinopel 150 bis 200; S. A. des Fabriques Reunies de Ciments et de Chaux Hydraulique „Arslan“ & „Gafissar“ (am Golf von Ismid) 75 bis 100; S. A. de Ciments d'Ankara, Ankara 40; S. A. de Ciments de Balıkesir, Balıkesir (Vorort von Stambul) 40. Bei ununterbrochener Tätigkeit der fünf Fabriken wäre also der Jahresbedarf der Türkei an Zement, der nach sachmännlicher Schätzung selbst in den Jahren lebhaftester Bautätigkeit und intensiven Bahnbau 135 000 Tonnen nicht übersteigen hat, durch die inländische Erzeugung bereits bei nur unmonatlicher Kampagne gedeckt. In der Tat sollen zur Zeit ungefähr 35 000 Tonnen fertigen Zements in den verschiedenen Fabriken der Abnehmer lauern, so daß die Betriebe teils stillgelegt sind, teils in vermindertem Umfang arbeiten.

Wenn auch noch bis in die letzte Zeit hinein nicht unerhebliche Mengen an ausländischem Zement in die Türkei eingeführt worden sind, so dürfen diese Einfuhren bei weiterem Abflauen des Baugeschäfts, mit dem gerechnet werden muß, immer mehr zurückgehen und sich nur noch auf solche Güten beschränken, die für das einheimische Erzeugnis praktisch ungünstig liegen, wie etwa Merzina.

Gau 15 und Zahlstellen

Gau 15, Jahresbericht 1930

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat auch das Gebiet des Gaus 15, Hamburg, stark berührt. Innerhalb unserer Industrie-Gruppen im Gau ist die Zahl der Beschäftigten von 60.018 im Jahre auf 49.256 im Jahre 1930 gesunken, also weniger 10.762 oder rund 19 Proz. Von den Beschäftigten waren im Jahresdurchschnitt pro Monat 1820 Kurzarbeiter mit einem Ausfall von 8 bis 32 Arbeitsstunden pro Woche, mit einer Dauer von 4 bis 62 Wochen. Weitere 6850 Mitglieder waren im Jahresdurchschnitt vollständig arbeitslos.

Diese Tatsachen hemmen nicht nur den Aufstieg der Mitgliedszahlen, sondern auch die finanzielle Entwicklung. Bei dem Verlust von 3175 Mitgliedern ist jedoch die Auswirkung der Parteiverträge, besonders in der Nahrungsmittelindustrie, zu berücksichtigen. Mehr als 1500 Uebertritte zu anderen Verbänden sind festgestellt, während zu uns nur 389 kamen.

Auch die Lohnbewegungen mußten im Berichtsjahre ganz anders verlaufen als 1929. Von der Gewerkschaft wurden 8 Lohnbewegungen für 230 Betriebe mit 8865 Beschäftigten mit Erfolg durchgeführt, wobei es sich in der Hauptsache um Verlängerungen der alten Löhne sowie Mantelverträge handelte. In zwei Fällen war die Erhöhung der Löhne um 2 1/2 - 4 Pf. pro Stunde möglich.

In den Zahlstellen wurden 13 Bewegungen für 23 Betriebe mit 4783 Beschäftigten geführt, wobei in einigen Betrieben eine Lohnerhöhung bis zu 10 Pf. erreicht werden konnte. Im übrigen konnten die im Jahre 1929 abgeschlossenen Löhne sowie Bezirksverträge für 1930 gehalten werden, da Kündigungen von beiden Seiten nicht ausgesprochen wurden. Wo es geschah, traten neue Löhne erst 1931 in Kraft.

Im Bezirk Oldenburg-Niederlande ist es gelungen, an einigen Orten der Organisation Eingang zu verschaffen. Da es sich hier in der Hauptsache um Ziegelarbeiter handelt, setzte sofort der Terror der Unternehmer ein. Die organisierten Ziegler wurden den Unternehmern bekannt und nicht wieder eingestellt, bzw. schon eingestellte wieder entlassen. Das gleiche geschah bei einer Anzahl Lohrbeiter, die sich unserem Verband angeschlossen hatten. Den Betriebsräten wurden die größten Schwierigkeiten gemacht. Die Arbeitgeber in diesem Bezirk betrachteten sich immer noch als Alleinvertreter auf dem Arbeitsmarkt. Die Verfassung des Reiches, Betriebsrätegesetz, Arbeitszeitverordnung sowie andere Gesetze zum Schutze der Arbeiter existieren für sie nicht. Die Schaffung von Tarifverträgen wird daher ganz unmöglich. Kommt mit Hilfe eines Schlichtungsausschusses ein Schiedsspruch zustande, dann wird er von Arbeitgebern abgelehnt, wenn auch nur ganz geringe Verbesserungen für die Arbeiter vorgezogen sind. Gegen jede beantragte Verbindlichkeitsklärung setzt sofort ein Sturm der Arbeitgeber ein, kräftig unterstützt von den Syndikats der Arbeitgeberverbände, und noch kein Schlichter hat es gewagt, auf die Seite der wirtschaftlich schwachen Arbeiterseite zu treten und einen günstigen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Die Arbeiter werden gezwungen, Notwehr zu unternehmen, in denen ein ganz niedriger Lohn angeboten und in den meisten Fällen die zehnstündige Arbeitszeit verlangt wird. Neben den hier aufgeführten Ursachen kommt noch die große Zahl der vollständig indifferenten oder im Stahlhelm orientierten Arbeiter hinzu. Dies erschwert nicht nur den Abschluß von Tarifverträgen, auch Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung werden den Arbeitslosen freitragend gemacht, woraus sich eine große Anzahl von Klagen in den entsprechenden Instanzen notwendig macht. Viel Zeit und Arbeit erfordert es, um berechtigten Ansprüchen der Kollegen in den Arbeitsgerichten, den Spruchauschüssen, Spruchkammern und Landesarbeitsämtern durchzusetzen. Trotzdem gelang es, im Bezirk Oldenburg zwei neue Zahlstellen zu schaffen, deren Ausbau langsam, aber sicher, fortgeschritten.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung, die bei den vielen Stilllegungsverhandlungen immer wieder aufgeworfen wurde, sind noch keine wesentlichen Erfolge zu verzeichnen, obwohl auch die Vertreter der Gewerbeaufsicht unsere Forderungen in dankenswerter Weise unterstützten, wobei auf die Vorkläre der Firma Brinkmann & Mergel Bezug genommen wurde. Einig waren sich alle Unternehmer nur darüber, daß bei eint. notwendiger Kurzarbeit ein Lohnausgleich abgelehnt wird.

Zu Delmenhorst zählt ein Betrieb eine laufende Monatsrente an die Entlassenen von 30 bis 100 RM, in Hamburg ein Betrieb eine einmalige Unterstützung von 30 bis 100 RM pro Person, in Stade ein Betrieb pro Mann und einmal 10 RM. Unsere Bemühungen, bei allen Betriebsstilllegungen für die Entlassenen eine Rente oder einmalige Entschädigung zu erhalten, werden fortgesetzt.

Unter dem „Aufstieg“ wurde in 10 Zahlstellen 17mal durchgeführt. Der Bericht entspricht nicht immer den Erwartungen. Die Wirkung des Films auf die Zuschauer war nicht einheitlich.

In der chemischen Industrie ist die Zahl der stillgelegten Betriebe nur gering, auch der Beschäftigungsgrad war noch erträglich. Die Glühbirnenbetriebe arbeiteten noch voll — mit sieben Tagen in der Woche. Düngemittel- und Phosphat-Werke arbeiteten stark verkürzt und lagen wochenlang ganz still — wegen Ueberfüllung der Lager. Mineralöl- und Asphalt-Werke arbeiteten fast verkürzt, was auf die starke Konkurrenz zwischen den Teerlieferanten und Bitumenfabriken einerseits und den eingeschränkten Straßenbau zurückzuführen sein dürfte. Die Lack- und Farbenindustrie hatte den Verhältnissen entsprechend guten Geschäftsgang, der erst gegen Oktober wesentlich verschlechtert wurde. Die Gummiindustrie hat katastrophal zu leiden gehabt. Hier ist die Zahl der Beschäftigten um rund 25 Proz. gesunken, der übrige Teil der Beschäftigten litt unter der ungeheuer großen und langen Kurzarbeit, die oft auf 24 Stunden in der Woche zurückging. Zollmaßnahmen, hohe Preise für Fertigfabrikate, falsch angebrachte Kapitalinvestitionen sollen daran schuld sein. Auch die Sprengstoffindustrie brachte nicht genügend Auftragsaufträge herein, um die Verhältnisse voll auszumühen. Kurzarbeit und zeitweise ganzes Aussehen traten ein.

Die Rindholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der G.G. in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte. Der Betrieb der Deutschen Rindholz-Altiengeellschaft arbeitete sehr kurz und lag vom 19. bis zum 30. Dezember ganz still. Die Mehrzahl der durch den Brand der G.G.-Rindholzfabrik arbeitslos gewordenen Männer konnte bei den Aufräumungs- und Aufrichtungsarbeiten beschäftigt werden, nachdem eine Verständigung mit dem Bauergewerksbund geschaffen war. Dagegen blieben die Arbeiterinnen arbeitslos. Nachdem diese ausgestellt waren, wurde von uns die Prüfenunterstützung beantragt, leider von allen Instanzen abgelehnt. Die Imprägnierwerke der Rütgerswerke litten stark an Auftragsmangel durch die Reichsbahn, so daß auch hier mit erheblicher Kurzarbeit ein starker Lohnverlust für die Beschäftigten eintrat.

Nicht ganz so trostlos war die Beschäftigung in der Margarine- und Speisefettindustrie. Es wurde nur wenig Kurzarbeit durchgeführt, die freien Betriebe konnten fast das ganze Jahr ihre Beschäftigten voll beschäftigen.

In den übrigen Nahrungsmittel- und Futtermittelbetrieben war die Beschäftigung den Verhältnissen entsprechend günstig. In der Konfektindustrie war es sehr schlecht. Kampagnearbeiten waren in kurzer Zeit erledigt. Drei Betriebe mußten ganz stillgelegt werden. Ob sie 1931 wieder in Gang gesetzt werden, ist kaum zu erhoffen.

Von einer völligen Betriebsstilllegung infolge Zahlungsschwierigkeiten der Firma wurden auch unsere Kollegen in der Zellulosefabrik in Alhorn betroffen. 60 Mann wurden dadurch beschäftigungslos.

Starke Betriebsbeschränkungen, wenn auch keine völlige Stilllegung, haben wir auch in der Papier erzeugenden Industrie zu verzeichnen. So mußte die gesamte Belegschaft in der Papierfabrik der Firma Eppen in Binjen a. d. Ube das ganze Jahr 1930 über verkürzt arbeiten, und zwar jede Arbeiterin und jeder Arbeiter drei bis höchstens vier Tage in der Woche. Das gleiche hatten wir in der Papeterie der Firma Wenseler & Sohn in Lüneburg zu verzeichnen, wo ebenfalls die Arbeiterin fast das ganze Jahr hindurch nur an drei Tagen in der Woche beschäftigt wurde.

Bei den Betriebsrätewahlen im Frühjahr wurden 754 Betriebe mit 55.090 Beschäftigten erfaßt. Also schon hier zeigt sich der Rückgang gegen 1929 an. Es wurden gewählt: 1578 männliche und 146 weibliche Betriebsratsmitglieder, davon gehörten unserem Verbande an: 1315. Den Vorsitz im Betriebsrat stellen 306, den Vorsitz im Arbeiterrat 308 unserer Mitglieder.

Nicht unerwähnt bleiben soll unsere Notlagenunterstützung an ausgesetzte Mitglieder zu Weihnachten. Die Zahl der Empfänger war viel größer als vermutet wurde. Mit größter Dankbarkeit wurden die Beträge entgegengenommen. Und an einigen Orten konnte festgestellt werden, daß sich gerade diese langfristigen Arbeitslosen sehr zahlreich in den Generalversammlungen eingefunden hatten, sehr zum Verdruss der NSD.

Alles in allem war das Jahr 1930 ein Verlust für die Arbeiterschaft im Konto Arbeit und Verdienst, ganz zu schweigen von den übrigen Verflechtungen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Alles dieses darf uns aber nicht abhalten, auch im laufenden Jahr, das im Reich den Lohnabwärt steht, alles daranzusetzen, unsere Organisation so auszubauen, daß sie dem Ansturm aller Gegner standhalten kann.

Otto Hilpmann.

Frauenkonferenz Gau Pommern

Am 1. März fand in Stettin die zweite Frauenkonferenz statt, die von 31 Kolleginnen aus 15 Zahlstellen, 2 Gauleitern, 1 Bezirksleiter, sowie 2 Gauvorsitzendenmitgliedern besucht war und in der die folgende Tagesordnung erledigt wurde:

1. Die Arbeiterin im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart. Referent: Kollegin Zamwert, Hannover.
2. Die Frauen in den Gewerkschaften. Referent: Kollegin Kämmer, Köslin.
3. Die Frauennavigation im Gau Pommern-Westpreußen. Referent: Kollege Wiesenhütter, Stettin.

In dem Referat der Kollegin Zamwert kam zum Ausdruck, daß sich die Wirtschaftskrise auch unter den Arbeiterinnen bemerkbar mache. Daneben wird von Arbeiterwertreien verfaßt, die Frauenerwerbstätigen anzuerkennen, und man berücksichtigt dabei nicht, daß infolge der wirtschaftlichen Notlage in der Arbeiterfamilien oft die Frau gezwungen ist, verdienen zu helfen. Die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen in der Industrie ist an sich so niedrig, daß durch das Fehlen der Erwerbstätigen verheirateter Frauen die Arbeitslosenunterstützung nicht geleistet werden kann. Ganz kommt das mangelnde Aufgehörswesen der Frauen selbst und andererseits, daß ein großer Teil der männlichen Kollegen in der Industrie nicht die Arbeiterin, sondern nur die Frau sehen. Seit der Machtergreifung habe sich ein neuer Frauenstypus herausgebildet. Neben der politischen Gleichberechtigung, die die Frau durch die Revolution 1918 erlangt hat, steht ihr, der Frau und Arbeiterin der Weg zur wirtschaftlichen Gleichberechtigung offen, den sie unbedingt beschreiten müsse, wenn sie Gegenwart und Zukunftsaufgaben erfüllen will. Der Ausgang der letzten Reichstagswahlen habe bewiesen, daß die Frauen zu dieser Erkenntnis noch nicht gekommen sind, deshalb hatten noch Verbesserungen in der bürgerlichen Gesetzgebung, in der Sozialversicherung, in Arbeits- und Wohnfragen usw. ihrer Lösung.

Aus dem Referat der Kollegin Kämmer war zu entnehmen, daß sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen von Jahr zu Jahr vermindert hat infolge der zunehmenden Bevölkerungs-

giffer und der von Unternehmern mit Vorliebe angewandten Methode, mehr Frauen und Mädchen in Betriebe zu beschäftigen, mit dem Ziel an der Ausbeutung der Arbeitskraft noch mehr als bisher zu profitieren. Diese Unternehmertatigkeit bewog bereits den 1. Gewerkschaftskongress zur Annahme einer Resolution, nach der die Frauen, die im Betrieb stehen, den freien Gewerkschaften angeschlossen werden müssen. Seit 1892 liegt die Last der erwerbstätigen Frauen, dadurch gelang es den freien Gewerkschaften, vermittels der Sozialdemokratischen Partei in der Gewerkschaft, Schlichtungen, Vertretungen in den einzelnen Betrieben und Einrichtungen des Staates auch für die erwerbstätigen Frauen zu erlangen. Daneben muß aber mit aller Nachdruck an der Durchführung des freigewerkschaftlichen Kampfes um gleichen Lohn für gleiche Leistung, genügende Freizeit usw. gearbeitet werden. Gerade jetzt sagen die Arbeitgeber mit „Achtung, bei Betriebsratswahlen!“ die Arbeiterinnen sind zu hoch — die Frau arbeitet den Unternehmern genau so gut und obendrein billiger. Das sollte von der Arbeiterschaft mehr beachtet werden. Leider werden zu oft unter den männlichen Kollegen die Gefahren der Nichtbeteiligung der Frauen und Arbeiterinnen an politischen und wirtschaftlichen Bewegungen verkannt, so daß wir uns nicht zu wundert brauchen, wenn viele Frauen noch abseits stehen, und wenn sich für die Unternehmer auf Grund dieser Einstellung die Hoffnungen auf diesem Gebiete erfüllen. Der Weg zur politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung geht für den Arbeiter und für die Arbeiterin durch die gewerkschaftliche Organisation, mit ihr müssen beide Geschlechter den Weg zur Vertretung der Arbeiterklasse gemeinsam gehen. Das bedeutet, daß auch neben der gewerkschaftlichen Organisation die Arbeiterkollegin den Platz in den einzelnen Verbänden einnehmen selbst und zur Vertretung vor den öffentlichen Körperschaften offen finden. Nur dadurch wird das Vertrauen und das gewerkschaftliche Zutreffen bei der uns fernstehenden Arbeiterschaft erreicht.

In der darauf folgenden Ansprache waren die Kolleginnen Christian, Bachmann, Schurwanz, Jansow, und Bar-

now, Köslin, sowie die Kollegen Wiesenhütter und Kämmer mit den Ausführungen der Referentinnen einer Meinung. Der Kollege Wegner, Gültrow, wandte sich gegen die Ausführungen der Kollegin Kämmer und erklärte, daß er trotz eifriger Bemühungen keine Klagen habe ausfindig machen können, die diese Konferenz besuchen wollte. Kollege Kämmer empfahl bei Besuchen zu Konferenzen in Zukunft immer zwei Frauen zu berücksichtigen, weil sich dadurch die Kolleginnen zu Konferenzen besser einführen lassen. Kollege Wolke, der als Gast erschienen war, berichtete aus dem Betrieb Kelmhütte, Stettin, daß in diesem Betrieb eine Nazifrau eingestellt worden sei, die ungehindert die Agitation für die Nazibewegung ausüben kann.

Kollege Wiesenhütter berichtete im 3. Punkt der Tagesordnung, daß im Gau Pommern die Frauenbewegung nur langsame Fortschritte gemacht habe und daß er es unbedingt für notwendig halte, ebenso wie in anderen Gauen, auch für den Gau Pommern eine Frauennavigationskommission zu bilden. Er schlug für diese Kommission die Kolleginnen Kämmer, Dorf, Freitag, Margelin und Sorgatz vor, die von der Konferenz auch gewählt wurden.

Die Konferenz, die besser besucht war, als die 1. Frauenkonferenz, hat der Frauennavigation neue Anregungen gegeben, so daß Kollege Wiesenhütter in diesem Sinne und mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband die Konferenz schließen konnte.

Gräfenhal.

Am 1. März tagte die Generalversammlung der Zahlstelle Gräfenhal. Nach den üblichen Formalitäten erstattete der Kollege Koblischütter den Geschäftsbericht. Eingehend verwies er auf die Auswirkung der Krise innerhalb der Zahlstelle, die der Geschäftsführung eine kaum zu bewältigende Arbeit brachte. Von der Unternehmenseite wird die Krise zur Begründung der Arbeiterin ausgenutzt und rücksichtslos der niedrige Lohn abgebaut. Besonders hervorgehoben wurden die vielen Streitfälle, die vor dem Arbeitsgericht, Spruchauschuss und sonstigen Sozialbehörden zu vertreten waren.

Die Mitgliederzahl der Zahlstelle betrug jetzt 1066 gegen 1034 im Vorjahr. Anfang des Jahres 1929 zählte die Zahlstelle 735 Mitglieder, so ist ein erfreulicher Aufstieg innerhalb der letzten zwei Jahre zu verzeichnen.

Der Kassenbericht der Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 35.082,41 RM. An Unterstützung wurden insgesamt 14.000 RM ausgezahlt. Die Lokalkasse balanciert mit 14.114,63 RM.

In der Diskussion, die in sachlicher Weise geführt wurde, berichteten die Kollegen auch aus den Betrieben, wie die Unternehmer die Tarife misshandeln, und unter welchen Schwierigkeiten die Betriebsvertretungen ihre Tätigkeit ausüben müssen. Die Betriebe, in denen tarifwidrig gehandelt wird, sollen demnächst gebührend herausgestellt werden.

Bei der Wahl der Verwaltung wurde die bisherige Verwaltung einstimmig wiedergewählt.

Unter Punkt 4 „Verbandsangelegenheiten“ wurde Stellung zur Generalversammlung genommen, die dieses Jahr in München stattfinden wird. Als Kandidat zur Delegiertenwahl wurde Kollege Koblischütter vorgeschlagen. Zur Generalversammlung wird folgender Antrag gestellt: § 24, Riffer 4, des Statuts erhält folgende Fassung: finanziell schwache Zahlstellen mit Angehörten erhalten 40 Prozent der Beiträge zur Deckung lokaler Ausgaben. Die Invalidenunterstützung soll in der bestmöglichen Form erhalten bleiben. Die Invalidenbeiträge sollen gestaffelt werden.

Bei Punkt „Agitation und Jugendbewegung“ wurde von der Jugendgruppe Wiefan berichtet. Am 8. März findet ein Jugendtreffen in Schmiebedel statt. Im Schlusswort forderte Kollege Koblischütter die Anwesenden auf, tatkräftig für den Verband einzutreten und zu agitieren.

Braunschweig, Franz Herrmann

Franz Herrmann, der seit 1896 Mitglied unseres Verbandes war, ist nach kurzem Krankenlager am 10. März gestorben. Sein ganzes Leben war ein Kampf um die Existenz. Durch sein ständiges Wirken für den Verband und für die Arbeiterbewegung hat er sich bei der Arbeiterschaft viele Freunde, bei der Arbeitgeberin dagegen viele Feinde geschaffen. In der Vorkriegszeit ist er wiederholt gemahregelt worden. Infolge dieses Umstandes ist er von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle gezwungen worden, ohne Arbeit zu finden. Der Name Herrmann war bei den Arbeitgebern beliebt. Es ist ihm von dem Kampf eines Proletariats nichts erspart geblieben.

Trotz des Kampfes mit dem Kapital, trotzdem daß er mehr als einmal in seiner Existenz mit seiner Familie bedroht war, hat er von seinen Grundrissen nichts nachgegeben. Ueberall dort, wo es galt, Arbeiterinteressen zu vertreten, stand er an erster Stelle. Seit 35 Jahren kämpfte er nicht nur in seiner gewerkschaftlichen Organisation, sondern auch in der Sozialdemokratischen Partei und im Reichsbanner. Innerhalb der Arbeiterbewegung gab es keine Arbeit, wo er nicht dabei war. Auch jetzt, wo er körperlich zermürbt, seit 1928 Invalid war und ein Alter von 63 Jahren erreicht hatte, beteiligte er sich an dem Wirken für die Arbeiterbewegung.

Er war seit langen Jahren Gemeindevertreter seines Wohnortes in Thiede. Bei den diesjährigen braunschweigischen Kommunalwahlen war er hervortragend bei den Verarbeiter tätig. Bei den Wahlarbeiten zog er sich eine starke Erkältung zu, die ihn zwang, das Bett zu hüten. In den Selen der Arbeiterbewegung erreichte ihn der Tod. Wir werden sein Andenken in Ehren halten und ihn den jüngeren Generationen stets als leuchtendes Beispiel in Erinnerung rufen.

Achtung, bei Betriebsratswahlen!

Ein unerhörter Wahlbetrug der Nationalsozialisten ist im Betrieb der IG, Wert Lebertzen, aufgedeckt worden. Die Nazis hatten eine Liste zum Betriebsrat aufgestellt. Mit Wäsche und Kot hatten sie kaum die Hälfte der notwendigen Vertreter und Stellvertreter zusammengeschnitten. Aber auch diese kleine Anzahl von willigen Kapitalschützern erwies sich als viel zu groß. Bei Prüfung der Bestimmungen, erklärungen stellte sich heraus, daß ein großer Teil der Unterschriften gefälscht war. Sogar die drei Unterschriften der Listenvertreter waren gefälscht. Wahrhaftig, diese Gesellschaft übertrifft an Skrupellosigkeit, Frechheit und Dummheit sogar die NSD, von der wir allzuhand starken Lobal gewohnt sind. Die Wahlvorstände bei den Betriebsratswahlen haben alle Ursache, die Unterschriften nachzuprüfen, es scheint wohl nicht ausgeschlossen, daß nach „Richtlinien“ gearbeitet wird.



Gewerkschaft und Jugend

Im Verlaufe der Nachkriegszeit ist es unseren Verbänden durch anerkanntwert eifrige Arbeit gelungen, die jugendlichen Arbeiter, besonders die Lehrlinge, in erfreulich großer Zahl den Gewerkschaften einzugliedern und ihre Interessen in jeder Hinsicht mit Erfolg wahrzunehmen. Darüber hinaus wurden die jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder in besonderen Jugendabteilungen zusammengefaßt, um ihnen Glätten zu schaffen, die der gewerkschaftlichen Schulung der Jugend dienen, aber auch die Möglichkeit jugendlichen Gemeinschaftslebens bei Unterhaltung, Spiel, Sport, Wandern usw. bieten. Die hier geleistete Erziehungs- und Bildungsarbeit verfolgt in erster Linie das Ziel, dem jungen Menschen seine Stellung in Beruf, Wirtschaft, Arbeiterbewegung klarzumachen, ihm seine Rechte und Ansprüche im Arbeitsverhältnis, aber auch seine Pflichten gegenüber seiner Klasse zum Bewußtsein zu bringen. Den jugendlichen Jahrgängen aber, die sich dem Erwachsenenalter nähern, kann die bloße Vermittlung von Kenntnissen über ihre Umwelt nicht mehr genügen; sie suchen, soweit sie zu den geistig bewegteren Menschen gehören, nach einem über den Tag hinausreichenden Sinn des Geschehens, an dem sie teilhaben. Die im gewerkschaftlichen Jugendprogramm niedergelegte Verpflichtung, daß die Jugend in den Gewerkschaften im Geiste des Sozialismus heranzubilden sei, gibt die Richtschnur für die hier zu leistende Arbeit.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, von der auch die jüngeren Jahrgänge schwer betroffen sind, führt bei einem Teil der jüngeren Arbeiterklasse zu einer geistigen Haltung, die durch das Schlagwort „Radikalisierung der Jugend“ charakterisiert wird — man kann dabei an die heute ziemlich häufige Erscheinung der unkritischen Sinnnahme von Parolen, der Wundergläubigkeit denken — und sich auch äußert in einer gewissen Resignation, im Verlust des Vertrauens zur eigenen Kraft. Bei unserer Jugendarbeit wird mehr als bisher beachtet werden müssen, daß die durch unsere Jugendgruppen gehenden jungen Arbeiter erst nach dem Verlassen der Jugendgruppen in die Gefahr kommen, dem gekennzeichneten Einfluß zu unterliegen. Der sehr häufig unmittelbar nach dem Auslernen erfolgende Verlust der Arbeitsstelle, dem in der Regel lange Arbeitslosigkeit folgt, kann leicht zu einer Geistesverfälschung führen, in der man glaubt, alle bisher von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen erreichten Erfolge als nichtig und oberflächlich abtun zu können.

Es wird zu den Aufgaben unserer Jugendorganisationen gehören, diesen Einflüssen entgegenzuwirken. Notwendig ist, sich selbst und auch den Jugendlichen in unseren Jugendgruppen klarzumachen, daß z. B. die radikalen Stimmen aus dem nationalsozialistischen Lager von jungen Menschen kommen, die sich mit gewissem Erschrecken einem proletarischen Schicksal, dem dem Arbeiter seit jeher bekannter Existenzunsicherheit, gegenüber befinden, während sie aus den Ueberlieferungen ihrer Gesellschaftsrichtung eine durch Vermögenslage, Beamtenstellung oder gesellschaftliche Beziehungen ausgesicherte Daseinsgrundlage auch für sich erwarteten. Für diese sich laut bemerkbar machende Schicht junger Menschen sind Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit etwas ganz Neues, eine überraschende Erscheinung, die sie am Werte alles Bestehenden verzweifeln läßt und sie genötigt macht, jeder Lösung unkritisch zu folgen, die von angeblichen Wissenschaftlern oder besonders „nationalen“ Politikern mit großer Selbstsicherheit herausgetrompet wird.

In unseren Jugendgruppen muß bewußt darauf hingearbeitet werden, daß unsere jungen Kollegen auch dann nicht jener unkritischen Stimmung, die laut vertretenen Parolen nachgibt, verfallen, wenn sie etwa nach Beendigung ihrer Lehrzeit auch von der Geißel der Arbeitslosigkeit gepöbelt werden. Es ist bestimmt nicht leicht, dieses Ziel zu erreichen. Die infolge des geringen Lebensalters fehlenden eigenen Erfahrungen verheßen zweifellos gerade beim jungen Arbeiter einer radikalen Propaganda zu leichten Erfolgen. Hinzu kommt, daß, anscheinend bedingt durch die Technisierung des ganzen Lebens, in vielen Köpfen sich eine Vorstellung von den Umwandlungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft bildet, die den all-gemein bekannten technischen Vordrängen entspricht. So wie man Strom einschaltet, um eine Maschine in Gang zu bringen, so muß auch die Produktion oder die Warenverteilung dirigiert werden können. Von der Kompliziertheit der Verhältnisse im Zusammenleben der Menschen machen sich die wenigsten ein-

klares Bild. Sie kommen infolgedessen auch zu keinem eigenen Urteil über irgendwelche laut vertretenen Forderungen, die sofort alle Nöte beseitigen sollen. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die kürzlich hier behandelte Frage der Arbeitsdienstpflicht. (Siehe Gewerkschafts-Zeitung Nr. 4/1931.) Mit direkt anmaßender Selbstsicherheit verkündeten ihre Propagandisten, daß mit der Einführung des Arbeitsdienstes die Not der Arbeitslosen, der Landwirte und überhaupt aller Bevölkerungsschichten beseitigt sein würde. Der Durchschnitts-zeitungsleser mußte glauben, daß nur eine Willensentscheidung maßgebender Kreise notwendig sei, um eine Maßnahme durchzuführen, die im Handumdrehen die Gesamtsituation völlig ändern würde. Heute mag es kein Mensch mehr, die Arbeitsdienstpflicht als ein Mittel zu propagieren, das die Arbeitslosigkeit aus der Welt schafft, nachdem verantwortliche Stellen die materielle Undurchführbarkeit, die möglichen Folgen für den Arbeitsmarkt und anderes einwandfrei herausgestellt haben. Wie bei dieser von rechtsradikaler Seite herkommenden Forderung, so ist es auch bei den von links gegen die Gewerkschaften immer wiederkehrenden Angriffen und Vorwürfen möglich, ihre Unsinntigkeit durch ein Aufzeigen der Zusammenhänge zu beweisen. Wir werden uns eben klar darüber sein müssen, daß bei vielen Arbeitern, auch gewerkschaftlich organisierten — und nicht nur bei den jüngeren — eine ungenügende Kenntnis von den wirtschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Leben entscheidenden Faktoren vorhanden ist, daß auch die in der Vergangenheit liegenden Vorgänge und Ereignisse nur unzureichend oder gar nicht bekannt sind und noch weniger in ihren Zusammenhängen gelesen und bewertet werden. Wenn sich heute junge Leute, die bei Kriegsende noch kaum das schulpflichtige Alter erreicht hatten, für berufen halten, den Gewerkschaften Fragen zu stellen, wie sie sich etwa 1919 hätten verhalten müssen, so wird das zum Anlaß dienen können, um all die Umstände aufzuzeigen, die damals bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden mußten, den heute heranwachsenden Menschen aber natürlich nicht bekannt sind. Wird bei solcher Aufklärung nebenbei erreicht, daß von der Macht und Stärke der Arbeiterbewegung keine übertriebenen Vorstellungen entstehen, so ist auch das immer ein nützlich Ergebnis.

Die Verbreitung der Kenntnisse von den Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens in all seinen Formen, ist zweifellos geeignet, die Erfolgsaussichten der Verkünder von schlagwortartigen Parolen zu verringern. Unsere Jugendgruppen werden die auf diesem Gebiet bisher schon mit Erfolg geleistete Arbeit aber noch in verstärktem Umfange betreiben müssen. Die hier und dort noch vorhandene Auffassung, daß das Leben und Treiben in den Jugendabteilungen am besten den Jugendlichen selbst zu überlassen sei, wird revidiert werden müssen. Es war nie deutlicher als jetzt sichtbar, daß die Arbeit an der Jugend eine allgemeine gewerkschaftliche Angelegenheit von arbeiter Bedeutung ist, für die die besten und erfahrensten Funktionäre gerade gut genug sind. Die schwierigste Aufgabe wird immer die sein, den jüngeren Kollegen die grundsätzliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Tagesarbeit im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung in der Richtung auf die sozialistische Gesellschaftsform aufzuzeigen. Hier werden junge Kollegen, die bei der Latitanz für den Verband, bei der Leitung von Jugendabenden, Wanderungen usw. auf ihren Mann stehen, sich vor den größten Schwierigkeiten befinden. Es gehört schon ein tiefes Verständnis der gewerkschaftlichen Vertätigung dazu, um z. B. die Erkenntnis zu vermitteln, daß die von uns auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes erreichten Maßnahmen grundsätzlich gesehen eine wichtige Einschränkung der Verfügungsgewalt des privaten Unternehmers, seine Unterordnung unter den durch Gesetzgebung, Tarifvertrag usw. zwingend festgelegten Willen der Gesamtheit bedeuten. Wird verstanden, auf ähnliche Weise zu zeigen, wie die Gewerkschaften auf allen ihren Arbeitsgebieten auf eine Umwandlung der gesellschaftlichen Struktur in der Richtung zu einer Form, in der die Wirtschaft nicht Privatinteressen, sondern der Allgemeinheit dient, hinwirken, so wird dem jungen Gewerkschafter, auch dem „Problemstiller“, die Wichtigkeit der Funktionen klar werden, die von der Gewerkschaft auszuführen sind, für die er sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen und innerlich bereitzuhalten hat.

(M. M. in der „Gewerkschafts-Zeitung“.)

„Wann wir schreien Selbst an Selbst!“

Wenn die freie Gewerkschaftsjugend sich zur Aufgabe gemacht hat, mitten in der Zeit des Massenlebens, der sozialen Not und der politischen Wirrnisse mit einer bescheiden, aber eindrucksvollen Feier an die Öffentlichkeit zu treten, so tat sie es, um alle ihre Arbeitsbrüder und -schwestern wieder einmal zusammenzurufen und sie in ihrem Kreise ein paar frohe Stunden der Freude und des seligen Vergessens der Alltagsnot erleben zu lassen, in der Hauptache aber, um allen jenen, die ob des schweren, wirtschaftlichen und politischen Druckes, der gegenwärtig auf uns allen lastet, voll Verzweiflung und Mutlosigkeit dem Kommenden entgegensehen, um all ihnen zu zeigen, daß der Glaube an Licht und Zukunft in den Reihen der organisierten Arbeiterklasse noch lange nicht erloschen ist, daß aus dem Schoße des alten Proletariats neue Kämpfer entstehen, Kämpfer für die Zukunft!

Und zu unserer freudigen Genugtuung können wir konstatieren: Unsere Kollegen und Gefinnungsreue bezeugten auch auf diesem Gebiete edlen Idealismus und Opferbereitschaft, indem sie sich in erfreulich großer Anzahl an unserer Werbefeier beteiligten. Es war aber auch wirklich ein geselliger Abend und eine gewaltige Kundgebung für unsere Fabrikarbeiterjugend. Nach herzlichen Begrüßungsworten unseres Freundes- und Kollegen Wagner, Weiden, verluhten unsere jugendlichen Kolleginnen und Kollegen, ihr ganzes Können einzusetzen, um durch ihr Auftreten dem Publikum den Abend so angenehm als möglich zu gestalten.

Als erste Nummer des Programms gelangte ein sehr sinnreicher, reichhaltiger „Fakten-Album“ zur Aufführung, der allgemeine Begeisterung auslöste. Die dem solisten rechte Volks-Reigentänze und ein paar gut vorgetragene Gedichte, die ebenfalls mit starkem Beifall aufgenommen wurden. Mit realem Interesse, und größter Gespanntheit aber verfolgte man die Szenen des charakteristischen Einakter: „Der Sonne entgegen!“ Es war dies ein Theaterstück aus der Nachkriegszeit, es rückte das damalige Leben der Proletariatsjugend in grelles Licht, zeigte aber auch in wirklichen Szenen, wie sich die Arbeiterjugend von damals, trotz Nöten und Sorgen, die der Krieg hinterlassen hatte, zusammenfloß und durch Wälder und Wiesen der Sonne, dem Lichte, entgegenwachte! Bei Weitem und während der ganzen Dauer des nachfolgenden lustigen Voga-

bundenstückes: „Robert und Bertram“ mußte man, ob man wollte oder nicht, Tränen lachen. Es war auch wirklich gut gelungen, wie die beiden, „Landstreicher von Beruf“, den Dorf-gendarmen, „die edle Gerechtigkeitvollstreckungsmaschine“, und

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle 5 Haffensburg: Leonhard Schneider, Mittel-Nr. 566 613, und gemäß § 14, Ziffer 3a und c, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Leer (Ostfriesland): Bernhard der Lies, Mittel-Nr. 943 706.

Arbeitsmarkt.

(Inkrate unter Chiffre werden nicht angenommen.)

Vorzellanmaler, 28 Jahre alt, ledig, in allen Sparten der Porzellanmalerei auf Gebrauchsgeschirr durchaus bewandert, an flotter, lauberes Arbeiten gewöhnt, in ungeländiger Stellung, sucht gestützt auf gute Zeugnisse sofort oder später Stellung. Angebote unter „A 5/31“ an den „Peramiischen Bund“ erwünscht.

Schwindeleien des Oskar Mannheim

Diesem gemeingefährlichen Schwindler, vor dem schon gewarnt wurde, ist es wiederum gelungen, von einigen Zahlstellen unter betrügerischen Angaben Sozialunterstützungen zu erlangen. Er wählt er für seine unerwünschten Besuche solche Stunden in denen der Angestellte abwesend ist und von der Vertretung dem

den Wirt der Dorfschenke, „den edlen Trank- und Speisenspenden“, mit ihren trockenen Nebenarten und mit gewürztem Humor immerfort an der Nase herumführten! Die Anwesenden kamen also auf ihre Rechnung, da auch in den Zwischenpausen durch die Schalmeykapelle der Neustädter Jugendgruppe für gute Unterhaltung gesorgt war. Und als zum Schluß der Feier von kräftigen, jugendlichen Stimmen das feurige Kampflied: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“ erkoll, da leuchteten die Augen unserer Alten wieder auf, da mühten sie sich wieder jung und froh fühlen mit uns! Somit war unsere Werbefeier beendet; wir wissen, wir haben damit einen Schritt vorwärts getan, haben einen Baustein mehr gelegt in der Gewerkschaftsbewegung, denn es muß vorwärtsgehen, auch bei uns!

Von jenen aber, die mit uns im Alltag an der Maschine stehen, die gleich uns arbeiten müssen für ihr tägliches Brot, und die es trotzdem nicht erkennen wollen, daß sie Proleten sind wie wir — von ihnen hoffen wir, daß unsere Werbearbeit nicht umsonst gewesen ist, daß sie gute Früchte zeitigt, und daß sie alle zur Erkenntnis kommen, daß nur einig, treues Zusammenarbeiten in der freien Gewerkschaft, ein fester, unbegleiteter Wille, Mut und Kraft uns den Weg ebnet, der über Not und Kampf einmal doch zum Ziele führt.

Johanna Wirtz.

Entwicklung unserer Jugendgruppe Blankenberg

Nach Ostern vorigen Jahres (1930) beranzaltete unser Bevollmächtigter eine Jugendversammlung. In dieser Versammlung sprach der Jugendgenosse Richter, Gera, über das Thema: „Die Jugend im Staat und in der Wirtschaft.“ An dieses Referat schloß sich eine Ansprache an und dann wurde die Jugendgruppe gelistet. Kurz danach wurde wieder eine Versammlung einberufen, in der beschlossen wurde, daß am 29. Mai (Himmelfahrtstage) ein Ausflug nach dem Saalfeld-Sperrengebiet nach Saalburg gemacht wird. Nun freuen wir uns alle und konnten kaum erwarten, bis der Tag kam.

Am Himmelfahrtstage ging es in aller Frühe mit zwei Lastautos und Musik in das schöne Talperrengebiet. In dieser Fahrt beteiligte sich auch unser Gauleiter, Kollege Schönfeld, Erfurt. Unterwegs sangen wir unsere Kampflieder. In Saalburg stellten wir unsere Autos ein und besichtigten die riesige neue Brücke. Dann gingen wir zum Kloster und über die Sperre. Wir nahmen diese Sehenswürdigkeiten mit Begeisterung auf. Man kann gar nicht alles beschreiben, was hier gebaut wird. Von da aus gingen wir nach Gräfenwirth, um uns ein wenig zu erholen. Bis zum späten Nachmittag wurde getanzt und gescherzt. Nun mußte die Rückreise wieder angetreten werden; unsere beiden Autos standen schon bereit zum Abfahren. In Lobenstein machten wir nochmals Halt, wo dann Kollege Schönfeld einen zu Herzen gehenden Vortrag hielt. An diese schönen Stunden erinnern wir uns noch oft.

Unsere Jugendgruppe beteiligte sich auch noch mit vierzehn Mitgliedern am Gewerkschaftsjugendtag in Magdeburg. Schon unterwegs machten wir Bekanntschaft mit den Jugendfreunden und -freunden aus Saalfeld, Jena, Kahlitz usw. In Magdeburg machten wir eine kleine Dampferrfahrt die uns sehr interessierte, weil wir ja alle noch keinen Dampfer gesehen hatten. Die Veranstaltungen in der Stadthalle, der Fackelzug und alle anderen Sehenswürdigkeiten von Magdeburg waren für uns etwas Erhebendes. Auf der Heimfahrt ging es sehr lustig zu, so daß wir Magdeburg nie vergessen werden.

Unterwegs konnten wir das Krematorium in Saalfeld besichtigen. Auch das war für uns etwas Fremdes.

Im übrigen hatten wir auch schon öfters Versammlungen gehabt, die wir mit Vorträgen und gemeinschaftlichen Gesängen ausfüllten.

Jetzt naht das Frühjahr, und wir freuen uns schon auf die Wanderungen und Ausflüge.

Möchten doch alle Eltern und Mitlieder dahin wirken, daß ihre Jugend, ihre Kinder oder Geschwister sich in unserer Jugendgruppe einfinden.

Arbeiterkern, Jugendkolleginnen und -kollegen, seid bereit, für dieses Ziel zu wirken, nur dieses Ziel, berichstigt uns Einigkeit und Recht.

Marta Schöberlein, Blankenberg (Sa.).

Arbeitermüdel ...! Das schöne Gedicht „Arbeitermüdel ...!“ in unserer vorigen Nummer ist von unserem Kollegen B. D. o. c. Stadthagen. Das Weglassen des Namens war nicht Absicht. Das möge beachtet werden.

Betrüger leichter Glauben geschenkt wird. Mannheim, der sehr sicher und gewandt auftritt, verübt auch über Ausweise der SPD und des Reichsbanners, die auch gefälscht sein dürften. Wir eruchen alle unsere Zahlstellen um größte Aufmerksamkeit, damit diesem dreisten Betrüger endlich einmal das Handwerk gelegt wird.

Literarisches.

„Diktatur! Soziale Demokratie oder faschistische Diktatur.“ 20 Seiten. Mit farbigen illustrierten Umschlag. Preis 10 Pf. Verlag: Werbearbeitung der SPD, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. — Soeben ist aus der Feder eines der bekanntesten sozialistischen Kenner des Faschismus eine Broschüre: „Diktatur!“ erschienen, die präzise Antwort auf diese Fragen gibt. Soziale Demokratie oder faschistische Diktatur — das ist der wahre Gegensatz, der in der nächsten Zeit zur Entscheidung steht. Die „Diktatur!“-Schrift streift die Ziele der völkischen Diktatur und berichtet ausführlich über die italienischen Verhältnisse. Diese Streitschrift ist im gegenwärtigen Moment von besonderer Bedeutung. „Die Gefahr besteht, daß die Jungen im Proletariat nicht alles wissen“ — behauptet der Verfasser —, was es heißt, ohne Demokratie, in der Diktatur, zu leben. Diese Gefahr überwinden zu helfen dient das kleine, zwanzigseitige Schriftchen in auszeichnender Weise. Der geringe Preis — 10 Pf. — wird ihre Verbreitung wesentlich fördern. Die Broschüre ist durch alle Volksbuchhandlungen, die Parteisekretariate der SPD oder direkt durch die Werbeabteilung, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu beziehen.

Material für die Gesellenauschussmitglieder bei den Innungen und Handwerkskammern, mit Auszug aus der Reichsgerwerbeordnung. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tischler und Weißbinder Deutschlands, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10. — Wenn das Büchlein in erster Linie auch für die Berufsausgehörigen des Malerhandwerks geschrieben ist, so kann doch auch manch anderer handwerklicher Beruf daraus Brauchbares für sich entnehmen. Das geht schon aus dem Inhaltsverzeichnis hervor, das in Kapitel enthält: Vorwort, Rückblick, Unsere Forderungen zur Regelung des Lehrlingswesens, Rechte und Pflichten der Gesellenauschussmitglieder nach der Gewerbeordnung, Hinweise auf Bestimmungen zur Jugendfrage und in anderen Gesetzen. Solche Zusammenfassungen sind notwendig für Gesellenauschussmitglieder, damit sie sehen können wie weit ihr Wirkungskreis geht und was sie zu tun haben. Das Büchlein kann als gute Anleitung für Gesellenauschussmitglieder gewertet werden.

